

Tag e s o r d n u n g

1. Mitteilungen
2. Umbesetzung von Ausschüssen
3. Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH – Voranschlag und Tarife 2009
4. Feldkirch Festival GmbH – Voranschlag für das Jahr 2009 und Rechnungsab-schlüsse der Jahre 2007 und 2008
5. Kultur Kongress Freizeit-Betriebe Feldkirch GmbH – Herabsetzung des Stammka-pitals
6. Anpassung von Gebühren und Beiträgen
7. 2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2008
8. Voranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2009
9. Voranschlag der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG für 2009
10. Voranschlag der Stadtwerke Feldkirch für das Jahr 2009
11. Masterplan Stadtentwicklung Feldkirch
12. Integrationsleitbild
13. Verkehrslösung Feldkirch Süd – Variantenvergleich 5.3. mit O+
14. Änderung der Marktordnung
15. Grundablösungen – teilweise Übertragung des Beschlussrechtes an den Stadtrat
16. Auflassung einer Teilfläche der Liechtensteinerstraße, KG Feldkirch als Gemein-destraße
17. EKZ Ambergpark – Verordnung gem § 31 RPG (Mindestmaß der baulichen Nut-zung)
18. Umwidmungen
19. Festlegung neuer Kanaleinzugsbereiche
20. Darlehensaufnahmen
21. Bürgschaftsübernahme für den Abwasserverband Region Feldkirch
22. Vereinbarung Verein Wildpark Feldkirch, Verein Lebenshilfe Vorarlberg, Stadt Feldkirch – Kiosk Wildpark

23. Beitritt zur Bringungsgenossenschaft „Wilder Berg“, Feldkirch-Tosters
24. Umlegung Runa Ila
25. Grundstücksangelegenheiten
26. Abbruch eines Geräteschuppens
27. Verlängerung der Güllegrubenförderung
28. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung der Stadtvertretung vom 14.10.2008
29. Allfälliges

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet im Anschluss an die Fragestunde die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

1. Mitteilungen

keine

2. Umbesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt die vorliegenden Anträge zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

**a) Über Antrag von Die Grünen – Feldkirch Blüht
Verwaltungsrat der Stadtwerke**

bisher

DI Walter Schwarz

(1. Ersatz bleibt weiterhin Dr. Gerhard Diem und 2. Ersatz STR Marlene Thalhammer)

neu

Ing. Reinhard Kuntner

**b) Über Antrag Bürgermeister Berchtold – Feldkircher Volkspartei
Kulturausschuss**

bisher

M Nicole Staudacher

E DI Veronika Brüstle Zangerl

neu

M DI Veronika Brüstle-Zangerl

E Nicole Staudacher

3. Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH – Voranschlag und Tarife 2009

STR Dr. Schöbi-Fink bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung nimmt den Voranschlag und die Tarife der Einrichtungen der Senioren-Betreuung Feldkirch Gesellschaft mbH für das Jahr 2009 zur Kenntnis.

4. Feldkirch Festival GmbH – Voranschlag für das Jahr 2009 und Rechnungsabschlüsse der Jahre 2007 und 2008

STR Dr. Albrecht bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Cerha erklärt, ihre Fraktion werde den Abschlüssen 2007 und 2008 des Feldkirch Festival und dem Voranschlag 2009 zustimmen. Allerdings behalte sich ihre Fraktion vor, ihre ursprüngliche Kritik weiterhin im Auge zu behalten, was bedeute, dass man weiterhin Evaluierung einfordere, und zwar Evaluierung die auch darin bestehen müsse, besonders die Einnahmen, den Kartenverkauf und das Sponsoring in Relation zum Aufwand zu setzen. Das Budget 2009 rechne hier mit Zuwächsen, ohne die der Abgang die Deckelung jedoch überschreite. Klar sei, dass Kunst nicht gewinnbringend sein könne, aber sie müsse nach einer bestimmten Anlaufphase zumindest akzeptiert werden. Wenn von öffentlicher Hand finanziert werde, fordere ihre Fraktion auch Akzeptanz. Und diese spiegle sich im Verkauf der Eintrittskarten wider. Wenn es nicht gelinge diese Akzeptanz zu steigern, stelle sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Feldkirch Festivals in dieser Form.

STV Allgäuer stellt fest, es gehe nicht darum, ein Budget zu beschließen, sondern dieses zur Kenntnis zu nehmen. Er mache aber auf den Umstand aufmerksam, dass die Freiheitliche Fraktion in die Geschäftsgebarung nicht eingebunden werde und sei.

Bürgermeister Mag. Berchtold meint, das sei ein Problem der derzeitigen Konstellation. Diese könne sich auch wieder ändern.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss

Die Stadtvertretung nimmt den Voranschlag der Feldkirch Festival Gesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2008/2009 sowie die Rechnungsabschlüsse der Feldkirch Festival Gesellschaft mbH für 2008 und 2007 zur Kenntnis.

5. Kultur Kongress Freizeit-Betriebe Feldkirch GmbH – Herabsetzung des Stammkapitals

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Herabsetzung der Stammeinlage der Stadt Feldkirch als Gesellschafterin in der Kultur Kongress Freizeit-Betriebe Feldkirch Gesellschaft mbH von € 2.943.249,78 um € 1.200.000,78 auf neu € 1.743.249,- wird zur Kenntnis genommen.

Im Vermögensverzeichnis der Stadt Feldkirch ist diese Herabsetzung der Stammeinlage bei der Bilanzerstellung 2008 entsprechend vermögensmindernd zu berücksichtigen.

6. Anpassung von Gebühren und Beiträgen

STR Matt bringt die vorliegenden Anträge zur Kenntnis.

STR Dr. Albrecht meint, es sei leider kein Geheimnis mehr, aber die Weltwirtschaftskrise erreiche nun auch Österreich. Rezessionsängste seien nicht ganz unbegründet und viele Menschen müssten den Gürtel enger schnallen. In Anbetracht der besonderen Situation für das Jahr 2009 soll man keiner Erhöhung von Gemeindegebühren zustimmen. Mit der Aussetzung der Gebühren für ein Jahr soll ein Zeichen gesetzt werden, in einer Ausnahmesituation, die man jetzt erlebe. Damit die BürgerInnen von Feldkirch, die durch die Teuerungswelle schon genug belastet seien, nicht noch weiter belastet würden, soll es unter anderem im Bereich Wasser, Kanal und Müllentsorgung keine Erhöhung der Gebühren geben.

Deshalb stelle er den Antrag:

Angesichts der schwierigen weltweiten wirtschaftlichen Situation beschließt die Stadtvertretung, die Tarife für die Wassergebühren, für die Kanalbenutzungsgebühren und für die Kanalisationsbeiträge sowie für die Abfallgebühren im kommenden Jahr gegenüber dem heurigen Jahr unverändert zu belassen.

STV Allgäuer erklärt, auch seine Fraktion lehne die geplante Erhöhung der Gebühren ab. In Feldkirch gebe es keine Mengenstaffelung, wobei er schon im letzten Jahr diesen Umstand kritisiert habe. Im Vergleich zu anderen Städten liege Feldkirch nach seiner Information im vorderen Drittel, was die Gebührenhöhe anbelange. Es handle sich auch teilweise um sehr empfindliche Erhöhungen. Wenn man die Behandlungskosten beim Bioabfall betrachte, so seien diese von ursprünglich 139 Euro pro Tonne auf 73 Euro gesenkt worden, beim Restabfall sei dies die letzten Jahre mit 156 Euro pro Tonne stabil geblieben. Da nach seinen Informationen die Sammeltouren und die Behandlungsart bisher unverändert geblieben seien, sei mit einer Gebührenerhöhung nicht zu argumentieren. Hinzu komme, dass vor allem Metall und Papier auch im vergangenen Jahr ein sehr gutes Geschäft gewesen sei. Seitens des Umweltverbandes habe es deshalb auch im Jahr 2008 Rückerstattungen gegeben, die seines Erachtens auch angerechnet werden sollten und so wieder dem Konsumenten zu Gute kommen müssten. Seine Fraktion lehne deshalb die Erhöhung ab.

STR Matt erklärt, dass man ab dem Jahre 2010 nach den Wasserrahmenrichtlinien kostendeckende Gebühren halten müsse. Das würde im Prinzip, wenn man Kostentwahrheit durchsetze, bedeuten, dass man mitunter bis zu 20% der Gebühren anheben müsste. Er wage zu bezweifeln, dass das dann bei den Bürgern gut ankomme, bzw. der Bürger dann Verständnis habe dafür, dass man einen so großen Sprung mache. Diese moderate Anpassung sei unabdingbar notwendig. Wenn man dann in weiterer Folge rechtlich verpflichtet werde, hier kostendeckend zu arbeiten, müsste ein Darlehen aufgenommen werden und zwar teuer verzinst, finanziert durch den Steuerzahler. Er ersuche, hier sehrwohl soziale Aspekte entsprechend zu berücksichtigen.

STR Thalhammer meint, sie spreche jetzt nur für die Abfallgebühren. Richtig sei, dass manche Positionen positiv abschließen würden, nicht aber zB Metall. Wo vorher gute Zahlen erzielt worden seien, habe sich dies innerhalb kürzester Zeit wieder geändert. Die Gebührenerhöhung für Sperrmüll soll auch zu einem anderen Mülltrennungsverhalten führen und gerade beim Sperrmüll sei finanziell kein Plus zu verzeichnen. Um aber in absehbarer Zeit das Altstoffsammelzentrum bauen zu können, brauche es eine positive Bilanz. Dies könne aber nicht erreicht werden, indem man die Müllgebühren heruntersetze, zumal man die weitere Entwicklung nicht voraussehen könne. Man hoffe zB, dass Holz gut verkauft werden könne und deshalb soll dies auch belohnt werden, wenn dies extra getrennt werde. Wer zB die Restmüllsäcke nicht benötige, könne dafür Sperrmüllplaketten beziehen. Es werde also alles getan, damit gespart werden könne, wenn der Müll richtig getrennt werde, und aus diesem Grund sei ihre Fraktion mit dieser Erhöhung einverstanden.

STR Keckeis erklärt, er wolle eine kurze Stellungnahme zum Thema Wassergebühren abgeben. Natürlich sei in Zeiten wie diesen eine Preiserhöhung nicht unbedingt angenehm. Aber auch betriebswirtschaftliche Vernunft könne man in schwierigen Zeiten nicht ganz außer Acht lassen. Im Bereich des Wassers stehe man vor der Situation, dass man die Menschen dazu aufgefordert habe, Wasser einzusparen, was ja grundsätzlich vernünftig sei. Trotz steigender Haushalte verzeichne man sinkende Wasserabgaben. Allerdings müsse auch ein funktionierendes Leitungsnetz sowie hohe Qualität gewährleistet sein und das Bestehen dieses Netzes bei sinkenden Einnahmen gesichert werden. Deshalb sei es auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht im Bereich des Wassers absolut unumgänglich, hier eine moderate Preiserhöhung vorzunehmen. In den Jahren 2000 bis 2003 habe man eine Wasserpreiserhöhung von 5,1% gehabt. In der gleichen Zeit sei die Inflationsrate bei 5,8% gelegen. In der Zeit von 2003 bis 2006 habe man um 3,6% erhöht, zur gleichen Zeit habe die Inflationsrate knapp 6% betragen. Nunmehr komme von 2006 bis 2009 die Erhöhung von 4,7% und tatsächlich liege die zu erwartende Inflationsrate bei 8,4%. Dies bedeute, dass man also deutlich unter der zu erwartenden allgemeinen Inflationsrate sei, was auch heißen würde, dass man in diesem Bereich sehr sparsam und mit Augenmaß handeln müsse. Aus gesamtbetriebswirtschaftlicher Sicht dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass man hier von der Kosten- und Ertragssituation in eine Schere hineinkomme, die uns nicht gut tun würde. Derzeit habe man ungefähr 1 Mio EUR an Rücklagen, welche in den nächsten Jahren allerdings aufgelöst werden müssten. Dies bedeute, dass man ungefähr in den Jahren 2011/2012 diese Rücklagen um 2/3 abbauen müsse, damit überhaupt das notwendige Investitionsaufkommen finanziert werden könne. Er bitte

aus diesem Grund auch hier ein wenig betriebswirtschaftliche Vernunft walten zu lassen.

STVE Dr. Dejaco betont, er könne den betriebswirtschaftlichen Aspekten, die Rainer Keckeis dazu eindrücklich geschildert habe, noch die volkswirtschaftlichen anhängen. Er halte es nämlich für grundsätzlich verkehrt, wenn man unter dem Titel Wirtschaftskrise darauf verzichte, notwendige Gebührenanpassungen vorzunehmen. Wenn sich die Wirtschaftskrise in den kommenden Jahren auswirke, dann werde sie sich sehr punktuell auswirken. Es werde nicht so sein, dass plötzlich alle Menschen in Feldkirch viel weniger verdienen und ein Teil nicht mehr in der Lage sein werde, 7 Euro zusätzlich im Jahr für Gebühren aufzubringen, sondern es werde einzelne Menschen, einzelne Familien sehr stark treffen, nämlich solche, die in Folge Zusperrrens der Betriebe möglicherweise arbeitslos würden. Aus seiner Sicht sei es notwendig, diese Gebührenanpassung vorzunehmen, um die volkswirtschaftlichen Aspekte auszunützen. Es gebe zwei Gebühren, welche unmittelbar investitionswirksam seien, nämlich die Wassergebühr und die Kanalbenützungsg Gebühr. Diese Investitionen kämen Feldkircher Betriebe zu Gute, die in diesem Bereich tätig seien. Wenn auf Investitionen verzichtet werde, beschleunige man damit die volkswirtschaftliche Spirale nach unten.

STR Dr. Albrecht stellt fest, in Feldkirch sei der Wasserverbrauch eher niedrig. Der Bürger sei mündig und aus welchen Gründen auch immer verbrauche er weniger Wasser. Nunmehr werde er praktisch dafür bestraft, wenn die Gebühren erhöht würden und dies sei nicht einzusehen.

STR Keckeis meint, ob die Alternative dann sei, nichts mehr zu investieren und Leute abzubauen, um Kosten zu senken, worauf STR Dr. Albrecht erklärt, Leute zu bestrafen weil sie weniger Wasser verbrauchen, sei wohl das absurdeste.

Bürgermeister Mag. Berchtold meint, er würde sich wünschen, dass man sich in dieser Frage mit dem Verantwortungsbewusstsein auseinandersetzt, das eine solche Entscheidung auch verdiene und gerade von einem Mitglied einer Stadtvertretung abverlange. Man dürfe mit einigem Selbstbewusstsein für Feldkirch behaupten, dass man eine sehr hohe Dienstleistungsqualität in den betreffenden Bereichen und darüber hinaus habe, ob das die Wasserversorgung sei, die Abwasserentsorgung, ob das der Bereich der Müllentsorgung oder auch andere Bereiche, wie beispielsweise die Kinderbetreuung sei. Diese Dienstleistungsqualität zeichne sich zusätzlich aus durch eine hohe Zuverlässigkeit, durch eine hohe Versorgungssicherheit, durch eine hohe Effizienz und durch Sparsamkeit. Wenn man das auch in Zukunft aufrecht erhalten wolle, dann benötige man dazu kostendeckende Gebühren. Dies sei auch im Sinne der Betroffenen eine soziale Gebührenregelung. Man spreche hier nicht von einer Gebührenanpassung im Sinne von Gewinnstreben oder Gewinne erzielen, sondern ganz im Gegenteil. Es seien auch bei dieser moderaten Anpassung der Gebühren nach wie vor öffentliche Mittel zur Abdeckung der tatsächlichen Kosten notwendig. Er habe Verständnis dafür, dass man in Zeiten wie diesen und wie sie nun kommen könnten, was zu befürchten sei, gerade auch für die Haushalte entsprechend sozial angepasste Gebührenstrukturen im kommunalen Bereich vorsehe. Dies sei bereits von Dr. Dejaco und STR Keckeis betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich argumentiert worden. Aber es werde nicht die Gebührenkalkulation bzw. die Gebührenregelung der Stadt Feld-

kirch dazu geeignet sein, die Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre zu beeinflussen. Die Inflationserhöhung aus dem Titel der kommunalen Gebühren werde sich maximal im 100-tel Bereich abspielen. Und dass man dann ausgerechnet die Gemeinden, die in den letzten Jahren Millionen, auch im Falle der Stadt Feldkirch seien es über 30 Mio gewesen, welche man in die Abfallentsorgung investiert habe, viele Millionen die man in die Sicherheit der Wasserversorgung auf hohem Qualitätsniveau investiert habe, ersuche, quasi Wirtschaftskrisen gegenzusteuern, könne er nicht verstehen. Im Übrigen auch nicht der Präsident des Österreichischen Städtebundes Bgm Michael Häupl, der durch den Österreichischen Städtebund eine Empfehlung auf Gebührenerhöhung für das Jahr 2009 schriftlich kundgetan habe.

STR Thalhammer erklärt, sie verwehre sich als sonst immer Betroffene dagegen, dass einem die Ernsthaftigkeit abgesprochen werde, wenn man eine kritische Stellungnahme abgebe. Dies könne sie so nicht stehen lassen. Dagegen zu sein, sei genau so ernsthaft wie zuzustimmen. Ihre Fraktion habe sich das ja auch überlegt. Man sehe dieses Argument auch ein. Vielleicht bestünde eine Möglichkeit der Hilfe für Menschen, die im nächsten Jahr arbeitslos würden. Dies müsste jedoch zuerst ausdiskutiert und in den Antrag eingebaut werden.

STV Reisch meint, ihre Fraktion betrachte es als ein Signal an die Bevölkerung, die Gebühren in diesem Bereich nicht zu erhöhen und folge auch hier dem Beispiel vieler Gemeinden in Vorarlberg, die für 2009 auf die Gebührenerhöhung in diesem Bereich verzichten.

STV Allgäuer stellt fest, STR Keckeis sei ein sehr guter Vertreter der Stadtwerke Feldkirch, das stehe außer Zweifel. Nur sei er heute als Vertreter der Stadtwerke Feldkirch hier. Wenn man über Inflation und Inflationsabgeltung spreche, gebe es schon Berufsgruppen, die nicht einmal die Inflation bekommen würden. Er verweise hier auf die Berufsgruppe der Bauern, die froh wären, das Preisniveau für Lebensmittel zu bekommen, wie es 1995 gewesen sei. Hier sei ein prominenter Vertreter der Arbeitnehmer und da habe man sich auch gestört, wenn die Lebensmittel um 2% angestiegen seien. Dies sei eine unterschiedliche Position, die hier STR Keckeis einnehme. Die Inflationsrate bei Kanalbauten, Wasserversorgung usw. sei seines Erachtens nicht gerechtfertigt. Dies könne man kaufmännisch auch nachvollziehen. Er habe letztes Jahr in der Dezembersitzung beim Beispiel Kanal darauf aufmerksam gemacht, dass Feldkirch im selben Einzugsgebiet liege wie Rankweil, aber um 30% mehr Kanalgebühren habe, als ein Rankweiler Bürger. Feldkirch habe als einzige Stadt auch keine Mengenstaffelung für Klein- und Mittelbetriebe sowie Industrieunternehmen. Dies sei ein Umstand, der verbessert gehöre.

STR Matt erklärt, es gebe Untersuchungen von Dr. Bröll, und zwar ein sehr umfangreiches Werk über die Kanalbenutzungsgebühren und die Anschlussgebühren. Daraus ergehe eindeutig, dass eine Nichtdeckung von fast 900.000 Euro ausgewiesen werde. Er frage sich, wie man 2010 den Gesetzen entsprechen wolle, wenn man jetzt nicht bereit sei, eine Gebührenerhöhung von 2,6% vorzunehmen.

STVE Ing. Kuntner stellt fest, er sei heute in diese Sitzung mit der Absicht gekommen, dem Antrag zuzustimmen. Er habe sich aber davon überzeugen lassen, dass er dies

besser nicht tue. Er werde also dem Antrag nicht folgen und sich der SPÖ und FPÖ anschließen. Es handle sich zwar mehr um Landes- und Bundespolitik, aber wenn man bedenke, wie locker der Euro eingesetzt werde bei der Schaffung von Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, wobei man auf das Autofahren verzichten könnte, nicht jedoch auf die Tatsache Müll und Abfall zu produzieren. Hier werde mit zweierlei Maß gemessen.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen von SPÖ, FPÖ und STVE Ing. Kuntner folgende Beschlüsse:

a) VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 16.12.2008 über die Änderung der Wassergebühren

Die Verordnung über die Regelung der Wassergebühren vom 14.12.1999 idF vom 13.12.2005 (Wassergebührenordnung) wird gem § 15 Abs 3 Z 4 Finanzausgleichgesetz 2008, BGBl I Nr 103/2007, mit Beschluss der Stadtvertretung vom 16.12.2008 wie folgt geändert:

1. Der § 12 hat zu lauten:

Gebührensatz

Der Gebührensatz für die Wasserbezugsgebühr beträgt EUR 0,89 pro m³ exkl. MWSt.

2. Der § 15 Abs 2 hat zu lauten:

(2) die Wasserzählergebühr wird wie folgt festgesetzt (exkl. MWSt.):

Zählergröße		Gebühr pro Monat	
bis 3 m³/h	Nennbelastung	1,60	Euro pro Monat
bis 7 m³/h	Nennbelastung	1,80	Euro pro Monat
bis 10 m²/h	Nennbelastung	4,50	Euro pro Monat
bis 30 m³/h	Nennbelastung	11,00	Euro pro Monat
50 mm	Nenndurchmesser	13,00	Euro pro Monat
80 mm	Nenndurchmesser	15,00	Euro pro Monat
100 mm	Nenndurchmesser	20,00	Euro pro Monat
80 mm	Verbundzähler	43,00	Euro pro Monat
100 mm	Verbundzähler	54,00	Euro pro Monat

3. Der § 7 hat zu lauten

Beitragssatz

Der Beitragssatz beträgt EUR 16,50 exkl. MWSt.

4. Der § 14 hat zu lauten

Gebührensatz

(1) Der Pauschalbetrag gem. § 13 abs. 1 wird mit EUR 27,50 excl. MWSt. je m³ Stundenleistung festgesetzt.

(2) Bei der Nutzung von Eigenwasser wird die Bereitstellungsgebühr mit EUR 0,26 excl. MWSt. je m³ verwendetem Eigenwasser festgesetzt.

Diese Verordnung tritt hinsichtlich des Punktes 1. am 1.4.2009, hinsichtlich der Punkte 2. und 3. am 1.1.2009 und hinsichtlich des Punktes 4. am 1.4.2009 in Kraft.

b) 1. VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 16.12.2008 über die Festlegung der Kanalbenützungsgebühren

Gemäß Art 1 § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2008, BGBl I Nr 103/2008, iVm mit dem 5. Abschnitt des Kanalisationsgesetzes, LGBL Nr. 5/1989 idgF, wird im Sinne der Kanalordnung der Stadt Feldkirch vom 21.12.1993 verordnet:

Der Gebührensatz beträgt

- | | |
|---|---------------|
| a) für Objekte an Kanalanlagen, in die ungeklärte Abwässer eingeleitet werden dürfen, je m³ Abwasser | € 1,66 |
| b) für Objekte an Kanalanlagen, in die nur vorgeklärte Schmutzwässer eingeleitet werden dürfen, je m³ Schmutzwasser | € 1,11 |

Zu diesen Gebühren ist die Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

Diese Verordnung tritt am 01.01.2009 in Kraft; gleichzeitig tritt die Verordnung über die Festlegung der Kanalbenützungsgebühren vom 18.12.2007 außer Kraft.

2. VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 16.12.2008 über die Festlegung des Beitragssatzes der Kanalisationsbeiträge

Gemäß Art 1 § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2008, BGBl I Nr 103/2007, iVm § 12 des Kanalisationsgesetzes, LGBL Nr. 5/1989 idgF, wird im Sinne der Kanalordnung der Stadt Feldkirch vom 21.12.1993 verordnet:

Der Beitragssatz gemäß § 10 Abs. 3 der Kanalordnung der Stadt Feldkirch wird ab 01.01.2009 mit € 29,90 festgesetzt.

Übergangsbestimmung:

Der durch Verordnung der Stadtvertretung vom 18.12.2007 festge-

legte Beitragssatz von € 28,60 ist weiterhin anzuwenden

- a) für Grundstücke, die als Bauflächen oder als bebaubare Sonderflächen gewidmet sind und im Einzugsbereich eines vor dem 01.01.2009 betriebsfertig hergestellten Sammelkanals liegen und
- b) für Bauwerke und befestigte Flächen, die im Einzugsbereich eines vor dem 01.01.2009 betriebsfertig hergestellten Sammelkanals liegen und vor dem 01.01.2009 fertig gestellt sind.

Für die Berechnung der Vergütung für aufzulassende Anlagen werden die Durchschnittskosten je m² Fassungsraum für Kläranlagen bei

- a) Einfamilienhäuser mit € 375,00
- b) Zweifamilienhäuser mit € 409,00
- c) Mehrfamilienhäuser und Großanlagen € 375,00

festgesetzt.

Zu den angegebenen Beitragssätzen ist die Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

Diese Verordnung tritt am 01.01.2009 in Kraft; gleichzeitig tritt die Verordnung der Stadtvertretung betreffend die Festlegung des Beitragssatzes zur Berechnung der Kanalisationsbeiträge vom 18.12.2007 außer Kraft.

c) VERORDNUNG

Aufgrund des Beschlusses der Stadtvertretung der Stadt Feldkirch vom 16.12.2008 wird gemäß § 15 Abs. 3 Zif. 4 Finanzausgleichsgesetz, BGBl. I Nr. 103/2007, in Verbindung mit den §§ 16 bis 18 Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz, LGBl. Nr. 1/2006, verordnet:

Das Abfallgebührenverzeichnis der Stadt Feldkirch wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 hat die lit c wie folgt zu lauten:

Sperrmüll – Entsorgungsbeitrag	exkl. 10% MWSt.	inkl. 10% MWSt.
bis zu ½ m ³ sperrige Abfälle	€ 6,36	€ 7,00

2. Im § 3 hat die lit c wie folgt zu lauten:

Gebühr für Sperrmüll von behandeltem und unbehandeltem Holz	exkl. 10% MWSt.	inkl. 10% MWSt.
---	-----------------	-----------------

bis zu ¼ m³ sperrige Abfälle € 2,27 € 2,50

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.

7. 2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2008

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt den 2. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2008 wie folgt:

		Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Ordentlicher Haushalt			
Mehreinnahmen			
Erfolgsrechnung	316.000		
Vermögensrechnung	0	316.000	
Mindereinnahmen			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	0	0	
Mehrausgaben			
Erfolgsrechnung	92.000		
Vermögensrechnung	0		92.000
Minderausgaben			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	-11.000		-11.000
Zwischensumme		316.000	81.000

Außerordentlicher Haushalt

Mehreinnahmen			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	0	0	
Mindereinnahmen			
Erfolgsrechnung	-100.000		
Vermögensrechnung	0	-100.000	
Mehrausgaben			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	235.000		235.000
Minderausgaben			
Erfolgsrechnung	0		

Vermögensrechnung	-100.000	-100.000
Zwischensumme	-100.000	135.000
Gesamtsumme	216.000	216.000

Aufgliederung nach Gebarungsarten:

Erfolgsrechnung	216.000	92.000
Vermögensrechnung	0	124.000
	216.000	216.000

Der 2. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2008 schließt daher ausgeglichen ab.

8. Voranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2009

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Dr. Diem erklärt, nach mehreren abgelehnten Budgets werde die Fraktion Feldkirch Blüht – Die Grünen dem Voranschlag 2009 der Stadt Feldkirch diesmal zustimmen. So wie man es sich bei Ablehnungen nicht leicht gemacht habe, habe man sich auch diese Entscheidung reiflich überlegt. Unterm Strich sehe man doch in vielen Bereichen, dass die Anliegen ihrer Fraktion aufgegriffen, und dort wo es möglich sei, auch umgesetzt würden. Bei einem für Feldkirch Blüht, vor allem aber für die betroffenen Schüler und Lehrer wichtigen Anliegen, scheine es jetzt in die richtige Richtung zu gehen. Seien sie noch vor einem Jahr skeptisch gewesen, dass das Schulzentrum Oberau neben dem Gewaltakt Montforthaus wirklich die richtige Priorität bekomme, so sehe man nun, dass alles bereit für die Umsetzung sei. Auch die Bedenken, dass aus Kostengründen nicht die optimale energieeffiziente Ausführung gewählt würde, bestünden nun nicht mehr. Es habe dazu aber doch des einen oder anderen „grünen Anstoßes“ bedurft. Insgesamt gebe man natürlich gerne die Zustimmung für dieses wichtige Feldkircher Projekt. Auch eine weitere Forderung seiner Fraktion im schulischen Bereich scheine nun doch endlich Gehör gefunden zu haben. Die immer deutlicher auftretenden Schwierigkeiten im Schulalltag mache auch vor den Stadtgrenzen von Feldkirch nicht Halt. Dass es neben den schon vorhandenen Hilfen für den Schulbetrieb auch noch spezieller Sozialarbeit im Pflichtschulbereich bedürfe, werde nun im kommenden Budget Rechnung getragen. Auch hier sei nun endlich ein Fortschritt absehbar. Auch bei den Kindergartenpädagoginnen und bei der Sprachbegleitung gehe der Trend in die richtige Richtung.

Bis vor einem Jahr habe man bei der Integration nur formale Strukturen gesehen, wie etwa den neuen Ausschuss. Auch da habe man heuer einen großen Fortschritt erzielt und die Umsetzung des Integrationsleitbildes scheine nun realistisch zu sein. Man wer-

de aber weiterhin sehr wachsam verfolgen, ob dieser Trend nicht wieder ins Stocken komme. Als ein gutes Beispiel, wie alle Beteiligten gemeinsam an die Aufgaben der Zukunft herangehen, sehe man im neuen Gesamtverkehrsplan und in den in diesem Zusammenhang stattgefundenen Mobilitätskonferenzen. Neben der Politik und den Fachstellen sei auch die interessierte Bevölkerung mit eingebunden worden und manche Ergebnisse seien auch für hartgesottene Grüne überraschend gewesen. Das Thema Mobilität habe inzwischen in Feldkirch jenen Stellenwert bekommen, der dafür auch unbedingt notwendig sei. Konkretes Ergebnis sei beispielsweise die neue Mobilitätszentrale, auch das Fahrradkonzept könne durch die im Voranschlag vorgesehenen Mittel weiter umgesetzt werden. Dass seine Fraktion aber doch noch gewisse Vorbehalte habe, werde er später unter dem Stichwort „Südumfahrung“ noch erläutern. Aus Umweltsicht, und das sei ja nun einmal ein grünes Hauptthema, habe sich viel durch die Aktivität des e5-Teams getan. Viele einzelne Punkte seien es, und einen davon habe er bereits im Zusammenhang mit der Sanierung des Schulzentrums Oberau erwähnt.

Wichtig für die Beurteilung des Voranschlages sei gewesen, wie mit Anträgen ihrer Fraktion umgegangen worden sei. Die neue Stadträtin Marlene Thalhammer habe dabei positive Erfahrungen gemacht. Als Beispiel nenne er die gemeinsame Lösungssuche für die Verbesserung der Situation im Alten Hallenbad bei Großveranstaltungen der Poolbar. Natürlich sei klar, dass bei der angespannten finanziellen Lage jede Investition mehrfach überlegt sein müsse. Dass dennoch der Antrag auf klimatechnische Verbesserung nicht einfach abgelehnt worden sei, sondern nun gemeinsam mit dem Energieinstitut nach Alternativen gesucht werde, zeige, dass die Anliegen ernst genommen würden.

Die generelle wirtschaftliche Lage mache das Erstellen eines Budgets für eine Stadt nicht leicht. Die Gefahr, dass die Einnahmen sinken, sei sehr groß. Auf der anderen Seite würden aber die Ausgaben steigen. Manche von ihnen seien nicht planbar, sie seien einfach da. Etwa die Steigerung beim Sozialfonds oder die notwendigen Maßnahmen für den Brandschutz in den Seniorenheimen. Auch die Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung würden sich auswirken. Dazu kämen die beiden Großprojekte Schulzentrum Oberau und Montforthaus, die eine enorme finanzielle Herausforderung für die kommenden Jahre darstellen würden. Umso wichtiger sei eine solide Budgetplanung. Diese scheine den dafür Verantwortlichen auch diesmal gelungen zu sein. Die Handschrift der dafür zuständigen Verwaltung sei deutlich erkennbar und seine Fraktion möchte sich recht herzlich dafür bedanken.

Als nicht grünes Kernthema sei das Sportstättenkonzept mit der Umsetzung des Trainingsplatzes beim Waldstadion für ihn ein weiterer Grund dem Budget zuzustimmen. Dass dieses Vorhaben im Masterplan des STEP berücksichtigt worden sei, sei sehr erfreulich. Auch die anderen Projekte in diesem Masterplan würden zum Großteil die Zustimmung der Grünen finden. Auf einen Punkt wolle er doch noch besonders hinweisen. Die Suche nach einem Kinostandort sollte noch intensiviert werden, denn sonst gehe möglicherweise eine wichtige Institution in Feldkirch bald verloren.

Das Feldkirch Festival nehme einen fixen Bestandteil im Budget ein. Ob es das auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung tue, sollte sorgfältig überdacht werden. In den nächsten Jahren sei das Feldkirch Festival gesichert, doch eine Überprüfung über das Verhältnis Kosten und Nutzen sollte laufend vorgenommen werden. Das zweite Thema, bei dem seine Fraktion ebenfalls noch eine weitere kritische Beleuchtung fordere,

sei die Verkehrspolitik, speziell die Südumfahrung. Ob hier wirklich die Mobilität richtig verstanden und umgesetzt werde, das sollte nicht in einem Schnellschuss entschieden werden. Dazu habe Feldkirch Blüth heute noch einen entsprechenden Antrag gestellt.

STR Dr. Albrecht meint, die Stellungnahmen der jeweiligen Fraktionen zum Budget erlaube es über die Tagesordnungspunkte hinaus auf anstehende Probleme einzugehen und sie zu kommentieren. Obwohl man wisse, dass die Maßnahmenpalette auf kommunaler Ebene beschränkt sei, reagiere man mit großem Engagement auf den Klimawandel und die daraus folgenden Katastrophen. Feldkirch sei eine Klimabündnisgemeinde geworden und versuche eine Vorreiterrolle in Sachen nachhaltiger Mobilität wahrzunehmen.

Das aktuelle Thema sei aber die Finanzkrise. Nicht nur die EU-Staaten, auch Länder und Gemeinden seien jetzt gefordert, mit Maßnahmen gegenzusteuern. Über staatliche Eingriffe werde das Finanz- und Bankwesen halbwegs stabilisiert. Je besser die Aktivitäten der Gebietskörperschaften aufeinander abgestimmt seien, umso höher werde sich deren Wirkung entfalten. Alle konjunkturgerechten und fiskalisch vertretbaren Gestaltungsmöglichkeiten seien deshalb voll auszuschöpfen. Er denke hier natürlich vor allem an das Land Vorarlberg, wo sich noch finanzielle Spielräume ergeben würden. In Anbetracht dieser Situation stelle er ja nicht zum ersten Mal die Frage, ob nicht die Verschuldung zu Gunsten der Gemeinden verändert werden müsse. Ein Einsparungspotenzial erwarte er sich auch auf einem anderen Gebiet.

Ein wichtiger Schritt sei der Beitritt der Stadt Feldkirch zur Regionalplanungsgemeinschaft Vorderland. Hier gehe es um die sprichwörtlichen Synergieeffekte. Feldkirch sei natürlich auch Bindeglied zum Walgau. Damit sei Feldkirch im Zentrum Vorarlbergs und zwar wirtschaftlich und kulturell, und habe nicht nur die Möglichkeit, sondern die Aufgabe, dies auszustrahlen. Unter TOP 11 Masterplan, Stadtentwicklung, werde man sicher noch auf dieses Thema eingehen können.

Zum zweiten Mal in Folge könne der Ordentliche Haushalt nicht mehr über Einnahmen, sondern nur noch über eine Darlehensaufnahme von 821.000 Euro ausgeglichen werden. Freie Budgetmittel stünden keine mehr zur Verfügung und der außerordentliche Haushalt könne nur mit Rücklagen und Darlehensaufnahmen finanziert werden. Dabei glaube er, spreche man bei diesem Budget von keinem Wahlkampfbudget, sondern eher von einem Sparbudget. Das Maastricht-Defizit sei mit 191.000 Euro so niedrig wie seit 2003 nicht mehr. Beruhigend sei nur, dass im Rechnungsabschluss seit 1998 immer ein Plus vorne stehe und dass auch für den Ordentlichen Haushalt tatsächlich noch nie ein Darlehen aufgenommen werden habe müssen. Aber vielleicht könne man die Situation vor allem angesichts der Aufgaben in den nächsten Jahren mit dem Satz umschreiben: „Das ist die Ruhe vor dem Sturm“. Und wenn er die Schlagzeile lese „Finanzkrise trifft Gemeinden“, dann erinnere er sich noch gerne an die Finanzausschusssitzungen, als man die StadtvertreterInnen für das Cross-Border-Leasing begeistern habe wollen und er erinnere sich an die Herren von AWD, die unabhängigen Finanzoptimierer, oder an die Top-Fonds zum besten Preis. Alldem habe man auf Anraten der Fachleute im Hause widerstanden und heute sei man dankbar dafür und gehöre nicht zu den 5 Prozent der österreichischen Gemeinden, die auf Grund von Spekulationsgeschäften hohe Verluste eingefahren hätten.

Seine Fraktion wolle ihre Kräfte besonders auf folgende Bereiche konzentrieren: Im Mittelpunkt stehe die Arbeit im Sozialausschuss, damit verbunden die Arbeit im Jugend- und Schulausschuss. Nicht nur durch die Ressortverteilung habe natürlich die Kultur einen besonderen Stellenwert.

Vordergründig scheine es in Feldkirch nur ein Thema zu geben, nämlich das Thema Verkehr und Mobilität. Er könne dies nicht richtig glauben. Das Thema sei nur deshalb so unerträglich wichtig geworden, weil seit vierzig Jahren keine Entscheidungen fallen, und vor vierzig Jahren mit dem Abbruch eines mittelalterlichen Stadtteiles die falschen Entscheidungen getroffen worden seien. Man werde aber unter einem anderen Tagesordnungspunkt noch auf dieses Thema eingehen.

Zum Thema Schule:

Im letzten Jahr sei immer deutlicher geworden, dass Feldkirch eine wichtige Position im Bereich Bildung habe und es seien auch der Begriff „Campus Feldkirch“ und dessen möglichen Inhalte mehrfach diskutiert worden. Doch bisher sei es im Wesentlichen bei Diskussionen geblieben. Hier sei man gefordert klar zu stellen, was man tatsächlich wolle, und zwar in Form von Konzepten, in der Definition von Ressourcen und natürlich auch in einem entsprechenden Budget. Wenn Feldkirch Bildungsmetropole sein wolle, dann werde es entscheidend sein, konkrete Strukturen aufzubauen, die das, was einen Campus ausmache, letztlich ermögliche. Natürlich seien kleine Schritte, wie der Studentenempfang im Herbst wichtig. Dies seien aber nur kleine Signale. Festgelegt werden müsse nicht nur die politische Absicht, einen Campus Feldkirch zu entwickeln; die jeweils nötigen Schritte und Aktionen zu ihrer Verwirklichung müsse sich auch in einem entsprechenden Budget niederschlagen.

Erfreulich sei das Ergebnis im Bereich der Arbeitsgruppe Oberau. Der Kindergarten werde aus der Volksschule ausgelagert und neu errichtet. Volks- und Hauptschule werden nach der Variante „Passivhauskomponenten“ geplant und so renoviert. Er glaube diese Entscheidung bringe nicht nur ein besseres Klima in die einzelnen Klassen, sondern zeige auch das Klima in der Arbeitsgruppe für dieses wichtige Schulprojekt.

Zum Thema Jugend:

Neben den Jugendhäusern Graf Hugo und TWOgehler, die vom Verein Offene Jugendarbeit betreut werden, fordere man auch sogenannte Jugendtreffs in den einzelnen Fraktionen oder auch in den Wohnanlagen. Die Jugendlichen würden einen Treffpunkt benötigen, um Freunde zu treffen, Spaß zu haben oder einfach Neues kennen zu lernen und gemeinsam kreativ zu sein. Die Räumlichkeiten seien ja teilweise vorhanden und das Argument, dass sich Jugendliche nicht mehr an Orten treffen wollen die beaufsichtigt würden, besage ja nicht, dass sie die Örtlichkeiten nicht brauchen würden. Dies sei vielmehr ein Hinweis, bei den Jugendtreffs neue Strukturen innerhalb der Verwaltung zu schaffen. Diskussion habe im Jugendausschuss die Anstellung von Streetworkern ausgelöst. Streetworker seien natürlich ein Teil in der mobilen Jugendarbeit. Aber darüber hinaus würden zur typischen Zielgruppe von Streetworkern vor allem Personengruppen wie Obdachlose, Drogenabhängige oder delinquente Jugendliche zählen. Deshalb sei die Frage erlaubt, ob die Streetworker besser beim Verein Offene Jugendarbeit oder noch besser beim Mühleter und damit beim IFS untergebracht wären. Jugendarbeit, Jugendbetreuung und Maßnahmen für die Zusammenführung und Integration von Einheimischen und Migranten müssten nach wie vor im Mittelpunkt unseres Interesses stehen. Es sei wichtig gewesen, Programme zu erstellen und ein Jugendhaus für die Migrantinnen und Migranten anzubieten. Er glaube der Verein

Offene Jugendarbeit nehme sich dieser Aufgaben mit viel Engagement an. Für seine Fraktion sei das Integrationsleitbild, über das heute auch noch separat gesprochen werde, vor allem wenn es um die Jugendarbeit gehe gesellschaftspolitisch von größter Bedeutung. Berücksichtigt worden seien im Budget die Anträge Spielplätze und Reichenfeld. Nicht nur einmal habe man hier in der Stadtvertretung und in den zuständigen Ausschüssen von seiner Fraktion eine „Spielplatzoffensive“ eingefordert und auf die teilweise desolaten Zustände von Spielgeräten auf den Kinderspielplätzen hingewiesen. Man hoffe, das gehöre nun endgültig der Vergangenheit an.

Zum Thema Medien:

Er habe sich in den letzten Jahren schon vorgenommen, mit keinem Wort die Medien des Rathauses oder die Medien im Land in der Budgetrede zu erwähnen. Aber nicht, weil er mit der Situation einverstanden sei, nein, im Gegenteil. Um auch als Opposition eine wirklich demokratische offene Möglichkeit von Öffentlichkeitsauftritten zu erhalten, verlange seine Fraktion nun schon zum wiederholten Male eine statuarische Festlegung der Möglichkeiten für Berichterstattung in den Rathausmedien. Dies müsse neu thematisiert werden, wozu die ÖVP ja schon ihre Zustimmung gegeben habe. Es sei leider nichts geschehen.

Wenn man heute über das Budget abstimme, dann gebe es genügend Gründe, gegen das Budget zu stimmen, wenn man es von einer bestimmten Warte aus betrachte. Es gebe aber ebenso gute Gründe dafür zu stimmen und ein solcher Grund sei für seine Fraktion das Kulturbudget. Es sei tatsächlich seit Jahren zu beobachten, dass man im Kulturbudget jährlich Zuwächse verzeichne, die allerdings nicht in der Endsumme unmittelbar sichtbar würden, sondern in Einzelbereichen. Und dies trotz, oder gerade wegen des Feldkirch Festivals, das ja im Kulturbudget nur als Durchlaufposten aufscheine. Er glaube, dass das Feldkirch Festival für verschiedene Bereiche ein ganz wesentlicher Impulsgeber sei, da man damit Qualitätsvergleiche ziehen könne und diese Qualität auch spürbar sei. Qualität allerdings koste Geld und dieses stelle die Stadt Feldkirch sowohl für die kulturelle Basis in den Vereinen als auch für spezielle Produktionen und Veranstaltungen in dem Maße zur Verfügung, dass die im Kulturkonzept geforderte kulturelle Vielfalt für möglichst Viele tatsächlich ermöglicht werde. Wichtig dabei sei, dass gerade im Bereich Kultur das Ehrenamt noch eine ganz wichtige Rolle spiele. Ohne dies wäre Vieles, das heute als nahezu selbstverständlich hingenommen werde, nicht möglich und machbar. Dennoch aber gebe es im Kulturbereich Mängel, zu deren Behebung die Stadt dringend gefordert sei. Es gebe immer wieder auch öfters Angebote, Kulturgut für die Stadt zur Verfügung zu stellen. Man sei nicht im Stande aufgrund mangelnden Lagerraumes zB eine Schaudruckerei zu übernehmen oder das komplette Werk von Herrn Huemer zu übernehmen, welches dieser der Stadt Feldkirch angeboten habe, für ihn aufzubewahren und auszuarbeiten. Es sei höchste Zeit, dass die Stadt hier aktiv werde und Räume und Flächen für dieses Kulturgut, das sonst verloren gehe, zur Verfügung stellt. Gespräche mit verschiedenen Museen in der Stadt und auch in den Nachbargemeinden zu den oben erwähnten Themen würden zur Zeit stattfinden.

Nach Gesprächen mit Landesstatthalter Wallner bekenne sich das Land zur Regionalisierung der Kinolandschaft und unterstütze damit die Programmkino-Lösung, die man in Feldkirch getroffen habe. Dennoch werde in der vom Kulturausschuss ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe versucht, über das Jahr 2010 hinaus eine Lösung herbeizuführen.

Abschließend wolle er die wiederholte Vorgangsweise zur Erstellung des Budgets 2009 begrüßen. Wieder habe man alle Fraktionen in einem sehr frühen Stadium mit eingebunden. Getoppt – und das sage er ja auch nicht zum ersten Mal – könnte der Ablauf einer Budgetsitzung nur dann werden, wenn die einzelnen Punkte separat aufgerufen werden könnten und darüber diskutiert und auch abgestimmt werden könnte. Bei einer Anzahl der Tagesordnungspunkte die man heute noch abzuarbeiten habe, sei das natürlich nicht möglich, und deshalb fordere er auch, so wie Kollege Allgäuer, dass im nächsten Jahr eine eigene Budget-Stadtvertretungssitzung stattfinde, dass man wirklich ohne Zeitdruck diskutieren könne. Danken möchte er in diesem Zusammenhang Kollegen Matt für die Erarbeitung des Voranschlages und für die sachlichen Budgetgespräche und Herrn Dr. Willi Bröll und seinem Team.

STV Allgäuer erklärt, die sich im September des Jahres überstürzenden Ereignisse hätten dafür gesorgt, dass viele Stabilitätsfaktoren in der Wirtschaft für lange Zeit, wenn nicht sogar für immer, der Vergangenheit angehören würden. Dinge in der Finanzwirtschaft, die für uns in vermeintlich geregelten Bahnen verlaufen seien, seien entgleist. Die auf uns zukommende wirtschaftliche Rezession müsse auch beim Voranschlag der Stadt Feldkirch für das kommende Jahr berücksichtigt werden. Der Wirtschaftsstandort müsse gesichert werden, wie die Beschäftigung und die soziale Sicherheit der Menschen. Man müsse alles daran setzen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken. Wenn man die Veränderungen und Rahmenbedingungen ernst nehme, so seien die heute unter TOP 6 vorgenommenen Erhöhungen der Wasser-, Kanal- und Abfallgebühren ein völlig falsches Signal. Von diesen Erhöhungen seien alle Bürger der Stadt ebenso betroffen, wie die vielen Klein- und Mittelunternehmen Feldkirchs. Seine Fraktion habe bereits vor einem Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass Feldkirch im kommunalen Gebührenvergleich im vorderen Drittel liege. Die Kanalbenützungsgebühren seien beispielsweise ca. 30% höher als in der Marktgemeinde Rankweil. Zusätzlich gebe es in Feldkirch als einzige Stadt keine Mengenstaffelung bzw. keinen Nachlass für Wirtschaftsbetriebe. Dabei wäre diese Mengenstaffelung gerade für Wirtschaftsbetriebe äußerst wichtig. Eine große budgetäre Herausforderung seien die Investitionen in das Montforthaus Neu und das Schulzentrum Oberau. Denn jede Investition in Bildungseinrichtungen sei eine Investition in die Zukunft nachfolgender Generationen. Das Ziel beim Bau bzw. der Sanierung dieser Objekte müsse es sein, möglichst viel an Wertschöpfung in der Region zu belassen. Mit dem Grundankauf von der Agrargemeinschaft Altstadt habe die Stadt die Möglichkeit, dem Motto Sportstadt verstärkt gerecht zu werden. Eine langjährige Forderung der FPÖ sei in diesem Zusammenhang der Bau eines Hallenbades. Mit dem Sportstättenkonzept sollte eine mögliche Umsetzung geprüft werden. Mit dem Weg einer Machbarkeitsstudie sollten mögliche Synergien berücksichtigt werden und Eingang in das Sportstättenkonzept finden. Beim Thema Feldkirch Festival sei für seine Fraktion gänzlich unverständlich, dass nicht an dem bisherigen Layout festgehalten worden sei. Es stelle sich dabei schon die Frage, ob das mit den Sponsoren überhaupt so abgesprochen worden sei. Mit solchen, nicht nachvollziehbaren Entscheidungen, rücke die Möglichkeit, hier in Zukunft wirtschaftlicher agieren zu können, in weite Ferne. Ein Budget stelle selbstverständlich stets einen Kompromiss dar. Seine Fraktion sei in den Vorjahren bereit gewesen, diesen Kompromiss einzugehen. Allerdings sehe man sich im nächsten Jahr aufgrund der genannten Finanz- und Wirtschaftssituation besonderen Herausforderun-

gen gegenüber, denen im vorliegenden Budget 2009 leider nicht im Sinne der FPÖ begegnet werde. Die Antworten auf diese Herausforderungen seien die falschen und daher finde der Voranschlag nicht ihre Zustimmung.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen der FPÖ) folgenden Beschluss:

I. Die Stadtvertretung beschließt den Voranschlag für das Jahr 2009 wie folgt:

1. Einnahmen	Angaben in EURO	
a) Ordentlicher Haushalt:		
Einnahmen der Erfolgsgebarung	63.360.400	
Einnahmen der Vermögensgebarung	1.450.300	64.810.700
b) Außerordentlicher Haushalt:		
Einnahmen der Erfolgsgebarung	418.800	
Einnahmen der Vermögensgebarung	8.409.000	8.827.800
Summe		<u>73.638.500</u>
2. Ausgaben		
a) Ordentlicher Haushalt:		
Ausgaben der Erfolgsgebarung	59.414.400	
Ausgaben der Vermögensgebarung	5.374.600	64.789.000
b) Außerordentlicher Haushalt:		
Ausgaben der Erfolgsgebarung	121.000	
Ausgaben der Vermögensgebarung	8.728.500	8.849.500
Summe		<u>73.638.500</u>

Der Voranschlag schließt formell ausgeglichen ab.

II. Die Finanzkraft der Stadt Feldkirch gemäß § 73 Abs. 3 GG, LGBl. Nr. 40/1985 idgF beträgt für das Jahr 2009 EURO 39.490.300.

III. Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden für das Jahr 2009 in der auf Seite 171 des Voranschlages angeführten Höhe festgestellt. Weiters werden für das Jahr 2009 die auf den Seiten 171-175 angeführten Gemeindesteuern, Abgaben, Gebühren und Beiträge, sowie die auf den Seiten 176-182 angeführten Entgelte für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen in der dort ausgewiesenen Höhe erhoben.

IV. Die Stadtkämmerei wird angewiesen, nach Erschöpfung eines Kreditansatzes weitere Auszahlungen zu Lasten der betreffenden Voranschlagsstelle erst im Falle einer erfolgten Bereitstellung eines zu-

sätzlichen Kredites durch die nach dem Gemeindegesetz hierfür zuständigen Organe zu leisten.

V. Alle zur Erteilung von Aufträgen berechtigten Organe sind anzuweisen, Aufträge zu Lasten eines Ausgabenkredites 2009 nur zu erteilen, wenn eine vorherige Prüfung eindeutig deren Notwendigkeit und Dringlichkeit ergibt.

VI. Der Stadtvertretung wurde der mittelfristige Finanzplan für die Periode 2009 bis 2013 vorgelegt und von dieser zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen der Stadtvertretung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei, aber auch der gesamten Verwaltung, die mittel- und unmittelbar in die Budgeterstellung mit eingebunden sei, stellvertretend bei Herrn Dr. Willi Bröll sowie dem zuständigen Stadtrat, Herrn Wolfgang Matt.

9. Voranschlag der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG für 2009

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Budget der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG für 2009 wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen und genehmigt.

10. Voranschlag der Stadtwerke Feldkirch für das Jahr 2009

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Reisch meint, der Antrag auf Gebührenerhöhung in den Bereichen Kanal, Wasser und Abfall sei gesondert behandelt worden. Ihre Fraktion habe diesem Antrag nicht zugestimmt. Man werde aber angesichts der Bedeutung der Stadtwerke für die Bewohner der Stadt Feldkirch dem Budget der Stadtwerke zustimmen.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen der FPÖ) folgenden Beschluss:

Das Budget der Stadtwerke Feldkirch (Strom und Betriebswirtschaft/Administration, Elektrotechnik, Wasser, Telekommunikation und Stadtbus) für das Jahr 2009 wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Spenden für das Hilfswerk der Stadt Feldkirch bei Frau Kopitsch hinterlegt werden können. Es bestehe auch die Möglichkeit durch Verzicht auf das Sitzungsgeld das städtische Hilfswerk zu unterstützen.

11. Masterplan Stadtentwicklung Feldkirch

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Dr. Albrecht meint, seine Fraktion halte den Masterplan für ein gelungenes Werk, an dem alle Fraktionen mitgearbeitet hätten. Besonders freue es ihn, dass die Kultur einen wichtigen Stellenwert einnehme. Es werden auch laufend wesentliche Weichen für die Kulturstadt der Zukunft gestellt und auch die Aufgaben der Kulturpolitik seien klar definiert. Vor allem drei Faktoren seien für eine progressive und offene Kulturpolitik wesentlich: Kulturinformation, Kulturvermittlung, Kulturvernetzung. Entscheidend werde sein, wie es gelinge, zum einen die Basis (Vereine und Veranstalter) zu stärken und darüber hinaus Wege zu finden, sowohl den Kreis der Kulturanbieter als auch den der Nutzer wesentlich auszubauen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch erklärt den vorliegenden „Masterplan Stadtentwicklung Feldkirch“ mit seinen Abschnitten Zentralörtliche Funktion Feldkirchs in der Region, Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, Wirtschaft, Soziales sowie Kultur, Bildung und Sport und den diesen Abschnitten zugeordneten Leitprojekten und Leitkonzepten zum Schwerpunkt ihres kommunalen Handelns. Auf Verwaltungsebene ist dafür Sorge zu tragen, dass die in den Leitprojekten und Leitkonzepten erwähnten Leitprojekteigenschaften berücksichtigt und deren strategische Ziele, Inhalte und Umsetzungsmaßnahmen sowie die darin enthaltenen Aussagen zur Finanzierung und Bürgerbeteiligung konsequent verfolgt werden.

12. Integrationsleitbild

Vizebürgermeisterin Burtscher bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Dingler stellt fest, man habe sich innerhalb der Fraktion umfangreich mit dem vorliegenden Leitbild befasst und bei genauerer Betrachtung feststellen müssen, dass es in weiten Teilen an ihrer Vorstellung von Integration vorbeilaufe. Daher werde die FPÖ dem Leitbild in der vorliegenden Fassung nicht die Zustimmung erteilen. Es stelle sich für seine Fraktion die Frage, warum es dieses Leitbild brauche, da bereits gesetzte Maßnahmen ersichtlich seien, und ohnehin schon das meiste umgesetzt bzw. am Laufen sei. Das Leitbild treffe auch den wirklichen Punkt der Problematik nicht im Kern. Denn die Zuwanderung von Kärntnern, Steirern oder gar Schülern und Studenten könne nicht mit der Zuwanderung beispielsweise aus der Türkei verglichen werden. Sprache, Religion, Kultur, Anerkennung von Menschenrechten sei da zu erwähnen. Dies komme seines Erachtens in diesem Integrationsleitbild viel zu wenig zum Ausdruck, nämlich dass Integration den klaren Willen des Zugewanderten voraussetze. Fördern und fordern sei das von seiner Fraktion verfolgte Ziel. Das Hilfsangebot von Gemein-

den, Land und Bund sei bereits sehr groß. Dies müsse aber auch von den Zuwanderern angenommen werden. Abschließend stellt er fest, dass die Aussagen auf den Seiten 6 und 7 des Leitbildes „Aufbau eigener Infrastrukturen für Zugewanderte“ bei kritischer Betrachtung auch als Toleranz gegenüber einer Parallelgesellschaft, wenn nicht geradezu als eine Aufforderung dazu verstanden werden könnte. Das Ziel einer umfassenden Integration sei auch für die FPÖ unbestritten. Der beim vorliegenden Leitbild aufgezeigte Weg sei allerdings leider nicht der seiner Fraktion.

STV Dr. Lechhab meint, er sei sehr enttäuscht von den Freiheitlichen, weil er das Gefühl gehabt habe, dass die FPÖ schon verstanden habe, dass es nicht um Ausländer und Inländer gehe, sondern um Menschen die hier leben. Ihm sei von Anfang an klar gewesen, dass man längere Zeit darüber diskutieren müsse. Die Migranten, und er spreche hier als Betroffener, würden sich bemühen. Die Stadt, alle Parteien samt den Freiheitlichen hätten die Bereitschaft gezeigt und mitgearbeitet, um dieses Leitbild gemeinsam zu erarbeiten. Dies sei eine politische Entscheidung. Er könne das auch nachvollziehen, denn die Freiheitlichen seien nichts anderes als gegen die Ausländer. Er müsse das klar und deutlich sagen, in einer Zeit wo man eine neue Welle von Ausländern brauche und die auch kommen würden, nämlich die Elite von Ingenieuren und anderen Leuten, die seit 4, 5 Jahren hier leben würden. Niemand verlange von ihnen, dass sie die deutsche Sprache beherrschen. Diese würden Englisch sprechen. Er sei tief enttäuscht, weil man sich in den Gremien einig gewesen sei, dass man das Leitbild, das gemeinsam ausgearbeitet worden sei, in der Zukunft auch umsetze. Es freue ihn sehr, dass die anderen Fraktionen wirklich den Willen hätten, zu erkennen, dass das Problem von Integration vorhanden sei. Er sei auch als Betroffener der Meinung, dass man fordern und fördern müsse. Er sei nie anderer Meinung gewesen. Ihm gehe es um Menschen aus Fleisch und Blut, die auf der Straße leben würden, die keinen Platz in dieser Stadt hätten oder sich so fühlen würden. Ihm sei ganz klar, wieso so viele Ausländer dieses Gefühl hätten. Er bedanke sich sehr bei allen anderen Fraktionen. Man habe lange Diskussionen darüber geführt und auch gestritten. Er spreche nicht von Feldkirch Blüht sondern von ihm persönlich. Er sei inzwischen kein Ausländer mehr. Er habe auch eine persönliche Auseinandersetzung mit Dr. Nussbaumer gehabt. Er habe bestimmte Sachen forciert und sei auch manchmal unhöflich gewesen, wofür er sich entschuldige. Es sei für ihn die Möglichkeit gewesen, Dr. Nussbaumer kennen zu lernen und er habe eine wirklich engagierte Personen kennengelernt, die ihm gezeigt habe, dass sie an Sachen glaube und nicht nur an parteipolitische Arbeit. Dafür bedanke er sich.

STV Dr. Nussbaumer betont, sie sei zutiefst enttäuscht über die Entscheidung der Freiheitlichen Fraktion. Sie hätten in allen Ausschüssen die Möglichkeit gehabt, ihre Ideen mit einzubringen. Es seien Experten vor Ort gewesen, man habe diskutieren können. STV Allgäuer habe beispielsweise erwähnt, dass die Förderung des Spracherwerbs zuwenig gefordert werde. Das sei richtig gewesen und man habe dies ergänzt. Sie verstehe wirklich nicht, warum die Freiheitlichen plötzlich einen Rückzieher machen würden. Sowohl im Integrationsausschuss als auch in den anderen Ausschüssen habe ein sehr gutes Gesprächsklima geherrscht. Dieses Integrationsleitbild sei sehr ausgewogen. Auf der einen Seite Chancen für Zuwanderer, aber auch klare Forderungen an diese, nämlich die Sprache zu erlernen, dass sie sich unseren für uns wichtigen

Wertvorstellungen zum großen Teil unterordnen müssen, dass sie die Gesetze befolgen müssen usw. Dies ist alles in diesem Integrationsleitbild verankert. Sie könne sich nur vorstellen, dass dies ein vorgezogenes Wahlkampfgetöse sei und wenn sie daran denke, werde ihr Angst davor.

STR Dr. Albrecht meint, wenn das Wort Integration verwendet werde, stelle sich bei den meisten die darüber diskutieren das Gefühl ein, es müsse nun endlich eine Aktion, eine Verordnung oder ähnliches ins Leben gerufen werden, um dieses Kapitel endlich abzuschließen. Integration sei ein Prozess, der auf den gemeinsamen Lebensgrundlagen einer sehr heterogenen Gesellschaft ablaufe. Es gehe um gleichberechtigte Teilnahme von Personen oder Gruppen am gesellschaftlichen Leben, oder auch um die Möglichkeit seine Interessen artikulieren zu können. Ein synonyme Begriff für Integration sei wohl Chancengleichheit. Darin begründet liege auch die Tatsache, dass Integration nicht an Einzelpersonen oder Gruppen sozusagen übermittelt werde, sondern dass dies ein ständiger gegenseitiger Verständigungsprozess sei, aus dem sich eine Reihe von Handlungsfeldern ableiten lasse, wie sie im Integrationsleitbild der Stadt aufgelistet seien. Das von der Stadt nun angenommene Integrationsleitbild trage gerade diesem Prozess Rechnung. Und dies wolle er besonders unterstreichen. Eine wichtige Aufgabe dürfe in diesem Zusammenhang allerdings nicht vergessen werden. Dieses Integrationsleitbild müsse all jenen Personengruppen näher gebracht werden, die es betreffe, und wegen denen man dieses Leitbild ja auch gemacht habe. Er meine, dass mit der Erarbeitung dieses Integrationsleitbildes ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Stadt gemacht worden sei. Im Übrigen frage er sich, wenn Kollegin Dr. Nussbaumer Angst vor dem Wahlkampf habe, warum die ÖVP mit der FPÖ in einer Koalition im Land sei.

STV Allgäuer stellt fest, dass auf die Ausführungen des Daniel Dingler nicht eingegangen worden sei. Er habe sehr gut aufgezeigt, warum seine Fraktion nicht zustimmen könne. Er sei selbstverständlich bei den Ausschusssitzungen gewesen und habe sich auch eingebracht. Dies sei auch mit ein Grund, dass die deutsche Sprache mit berücksichtigt worden sei. Es habe aber keine Abstimmung stattgefunden. Dies erwähne er der Vollständigkeit halber. Deshalb habe er auch einen Rückzieher gemacht. Der Schulausschuss sei nicht beschlussfähig gewesen und der Integrationsausschuss habe, während seiner Anwesenheit, keine Abstimmung abgehalten. STVE Dingler habe bereits erwähnt, Integration lebe von fördern und fordern. Es gelte hier auch klare Regeln aufzustellen, sozusagen eine Hausordnung. Es gebe, wie bereits erwähnt Rechte, aber sehr wohl auch Pflichten. Diese Spielregeln seien einzuhalten. Er habe im Integrationsausschuss auch erwähnt, dass nach seinem Dafürhalten die sprachliche Frühförderung zu kurz gekommen und zu allgemein gehalten worden sei. Frau Dr. Nussbaumer habe versichert, dass dies geprüft werde. Die Sprache sei der Schlüssel zur Integration. Dies sei dankenswerterweise berücksichtigt worden.

Vizebürgermeisterin Burtscher stellt fest, der Schulausschuss sei tatsächlich nicht beschlussfähig gewesen, alle anderen Ausschüsse jedoch hätten darüber einstimmig abgestimmt. Auch der Kinder- und Schulausschuss habe dann in seiner darauf folgenden Sitzung über dieses Integrationsleitbild abgestimmt. Bei allen Ausschüssen seien auch Vertreter der FPÖ dabei gewesen, wobei genügend Gelegenheit bestanden habe, al-

les was den Freiheitlichen wichtig gewesen wäre, auch einzubringen. Es sei immer wieder betont worden, wie wichtig der Dialog sei. Nicht nur zum Zeitpunkt vor Erstellung des Leitbildes, sondern auch danach. Sie frage sich, wie dies funktionieren soll, wenn der Dialog bei so einem wichtigen Thema nicht einmal im Vorfeld funktioniere, man also dort nicht das einbringe, was einem wichtig sei. Dieser Prozess habe sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Man habe sehr breit und ausführlich darüber diskutiert. Man habe alle Experten, die man bekannt gegeben habe und die auch in diesem Integrationsausschuss vorgeschlagen worden seien, hinzugezogen. Sie verstehe wirklich nicht, wieso man zu diesem Zeitpunkt, nach 1 ½ jähriger Diskussion und nach vielen Befassungen in allen Ausschüssen, jetzt dagegen stimme. Das Argument, dass die frühe Sprachförderung nicht enthalten sei, sei auch nicht richtig. Wenn man sich die Beilagen mit den Maßnahmen anschau, dann sei ein sehr gefächertes Katalog von Maßnahmen, die sich genau um diese frühe Sprachförderung kümmern, enthalten. Also seien alle Punkte, die die FPÖ in diesen Ausschüssen jemals eingebracht habe, in dieses Papier eingearbeitet worden. Die Intention, wieso man zu diesem Zeitpunkt nicht zustimme, könne sich jeder selber ausmalen.

STVE Dingerl meint, vielleicht seien seine Ausführungen falsch verstanden worden. Bereits bei der Sitzung im Juni (das letzte Mal sei er leider beruflich verhindert gewesen), habe er schon erwähnt und zwar mehrmals, dass die Definition bzw. Wortwahl in diesem Leitbild „zu schwammig“ sei. Das Fordern und Fördern sei zu wenig hervorgehoben worden. Er betone nochmals, es liege an der Wortwahl und nicht am Integrationsleitbild selbst. Der Integrationsgedanke sei auch für seine Fraktion ein Thema, wobei seine Fraktion auch nicht ausländerfeindlich sei.

STV Rietzler erklärt, es sei sehr wohl zu akzeptieren und auch zu tolerieren, dass die Fraktion der Freiheitlichen diesen Antrag ablehne, auch dann, wenn sie sich im Vorfeld dazu eingebracht hätten.

STV Dr. Lechhab meint, es gehe um ein sozialpolitisches Thema, das aufgearbeitet werden müsse. Er habe behauptet, die Freiheitlichen seien gegen die Ausländer. Als jedoch die Freiheitlichen bereit gewesen seien am Leitbild mitzuarbeiten, habe er sich gedacht, er habe vielleicht doch Unrecht. Heute sei ihm aber bestätigt worden, dass die FPÖ kein Interesse daran habe, dass sich die MigrantInnen integrieren. Ihm gehe es um das Prinzip. Wenn er einen Menschen ablehne, könne er nichts anderes von diesem Menschen erwarten, als dass dieser ihn auch ablehne. Dies sei das, was er jetzt persönlich hier erlebe.

STV Reisch erklärt, sie selbst sei nicht im Integrationsausschuss, beschäftige sich aber schon seit langem mit diesem Thema in den verschiedensten Vereinen (Offene Jugendarbeit, Landeselternverband für mittlere und höhere Schulen etc.). Unbestritten sei die Tatsache, wie wichtig Integration für Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land sei. Sie würde sich wünschen, dass die Freiheitlichen diesen Leitgedanken mittragen könnten, sofern es nur an Worten liege, wobei das ein oder andere nicht so formuliert worden sei, wie es sich die Freiheitlichen erwarten. Wenn die Stadtvertretung in diesem Bereich keinen einstimmigen Beschluss fassen würde, wäre dies ein denkbar schlechtes Signal nach außen.

STV Dr. Nussbaumer meint, wenn es wirklich nur an Worten scheitern würde, stelle sie den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt noch einmal zu vertagen, um im Integrationsausschuss nochmals die Möglichkeit zu haben, darüber abzustimmen bzw. zuzustimmen. Für den Integrationsausschuss als auch für sie selbst wäre eine einstimmige Willenserklärung wichtig.

STV Dr. Diem meint, er persönlich würde dem Antrag auf Vertagung zustimmen, wenn die FPÖ sich wirklich nochmals mit diesem Thema auseinandersetzt und dieses einstimmige Signal auch an die Mitbürgerinnen und Mitbürger weitergeben möchte. Dies, obwohl schon sehr lange daran gearbeitet und darüber diskutiert worden sei.

STV Dr. Lechhab erklärt, er sei nicht dieser Meinung und wehre sich vehement gegen eine Vertagung. Man müsse sich nicht immer einig sein. Er sei für eine Abstimmung in dieser Sitzung, damit mit der Arbeit begonnen werden könne.

STV Allgäuer meint, er unterstütze den Antrag von Frau Dr. Nussbaumer auf Vertagung, damit man sich im nächsten Ausschuss nochmals einbringen und offene Fragen klären könne.

Bürgermeister Mag. Berchtold betont, man sollte jetzt an diesem Punkt die Absicht, die hinter dem Antrag der Ausschussvorsitzenden stehe, bewerten.

Es gehe darum, dass nicht um den Preis einer Einstimmigkeit, was dann eine Verwässerung des Leitbildes bedeuten würde, sondern allein um den Preis eines gemeinsamen Signals des höchsten politischen Gremiums der Stadt Feldkirch im Umgang mit diesem so wichtigen Thema. Er würde auch einer Vertagung nicht zustimmen, wenn sie dazu führen würde, dass das Integrationsleitbild hier verwässert werden soll, wenn hier Standpunkte, die im Rahmen dieser Arbeitsgruppe zur Integration in Feldkirch gemeinsam erarbeitet worden seien, unterhöhlt würden. Aber wenn es die Fraktion der FPÖ mit ihrer Wortmeldungen ernst gemeint habe, dann gehe es einzig und allein um verschiedene Bezeichnungen, Begriffe und Wörter und dazu sollte die Chance gegeben werden. Er gehe davon aus, dass diese Ablehnung auch gut begründet sei in diese Richtung und damit auch eine reelle Chance bestehe, in einer Vertagung dann letztlich auch ein Leitbild mit einem einstimmigen Beschluss hier in der Stadtvertretung zu verabschieden. Aber diese Chance müsse auf jeden Fall ernst gemeint sein. Die Verantwortung liege hier bei der FPÖ.

STR Dr. Albrecht erklärt, diese Arbeitsgruppe gebe es seit zwei Jahren. Fünf Ausschüsse hätten sich mit diesem Thema beschäftigt. Überall sei einstimmig darüber abgestimmt worden. Er könne einer Vertagung nicht zustimmen. Er frage sich, was dies für ein politisches Signal sei, wenn morgen gesagt werde, die FPÖ verhindere das Integrationsleitbild der Stadt Feldkirch. Dies sei das absurdeste, was er jemals gehört habe. Nämlich genau diejenigen, welche gegen das Integrationsleitbild seien, verhindern, dass 34 StadtvertreterInnen dem zustimmen. Er könne auf keinen Fall einer Vertagung zustimmen.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt klar, dies sei eine unzulässige Interpretation. Die FPÖ, wenn sie es ernst meine, verhindere nicht die Zustimmung zum Integrationsleitbild. Die Freiheitlichen seien mit Passagen, mit einzelnen Begriffen, nicht einverstanden und hier gehe es nicht um eine Grundstückstransaktion, sondern um eine gesellschaftspolitische Grundsatzfrage in Feldkirch, die vor allem auch im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft auch den kommunalen Bereich intensiv beschäftigen werde. Und da meine er, sei es ähnlich wie in anderen Bereichen auch, wie beim Masterplan, ein Fahrplan durch die Zukunft der Integrationsaufgaben in Feldkirch und das sollte drei Monate wert sein bis zur nächsten Stadtvertretung.

STV Rietzler meint, er bekräftige nochmals seine Wortmeldung. Man beschäftige sich seit 2 Jahren mit diesem Thema und er sei in fast allen Ausschüssen dabei gewesen, wo dies auch einstimmig abgehandelt worden sei und es auch keine Einwände der FPÖ gegeben habe. Wenn die Freiheitlichen nunmehr zum Schluss kämen, hier nicht mitstimmen zu können, sei er gegen eine Vertagung. Diese Inhalte seien ausgearbeitet und ausführlich darüber diskutiert worden.

STVE Dingerl erklärt, er finde es bedenklich, dass sehr viele den Prozess der Integration an diesem Leitbild aufhängen. Integration sei das, was man täglich bereits lebe. Allein schon von einem Integrationsleitbild zu sprechen sei schon Integration. Wenn man nicht integrationsbereit wäre, würden sich auch viele nicht so heimisch fühlen, wie sie das tun. Unter anderem auch Dr. Lechhab, der erklärt habe, dass er sich heimisch fühle. Seine Vorfahren seien auch nicht von hier gewesen, sondern italienischer Abstammung und hätten sich integriert. Dies alles sei ein Integrationsprozess. Integration sei längst im Gange und er glaube, man könne ruhig noch drei Monate darüber sprechen.

STR Thalhammer betont, sie sei dafür, diesen Punkt zu vertagen. Sie wolle nicht, dass die FPÖ die Zeit bis zum Wahlkampf verbringen könne, dieses Papier zu kritisieren. Ihr sei es sehr wichtig, dass die FPÖ mitstimme. Wenn es wirklich nur an einzelnen Worten liege, finde man sicher eine Lösung.

STV Dr. Lechhab meint, er wette ein königliches marokkanisches Essen, wenn man in zwei Monaten das Ehrenwort der Freiheitlichen erhalte und sie erklären würden, dass sie zustimmen. Er sei überzeugt davon, dass sie dies gar nicht möchten.

STVE Ing. Kuntner stellt fest, man wisse, wie sich die FPÖ in all den Jahren zu dieser Frage positioniert habe und tue dies auch heute wieder und auch in Zukunft. Er finde es unerhört und einer Stadtvertretung nicht würdig diese Bettelei um diese zwei Stimmen. Wenn sich die FPÖ ins politische Abseits stellen wolle, sollten sie dort auch sein. Dies sei seine Meinung.

STV Dr. Diem bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um fraktionsintern das Vorgehen zu besprechen.

STR Dr. Lener meint, sie könne sehr gut nachvollziehen, wie wichtig Frau Dr. Nussbaumer eine Zustimmung aller StadtvertreterInnen sei. Wichtig sei aber auch, ein Sig-

nal zu setzen und heute abzustimmen. Sie gehe davon aus, vorausgesetzt der FPÖ sei es ernst, dass es möglich sein müsste, ein heute beschlossenes Leitbild mit geringen kleinen Varianten, die einem wichtig seien, noch abzuändern und in einer geänderten Version darüber abzustimmen. Dies könnte ein Kompromiss sein, der alle das Gesicht wahren ließe.

STV Dr. Nussbaumer meint, es sei schon erwähnt worden, dass die Integrationsarbeit bereits laufe und zwar schon seit mehreren Jahren. Es spiele überhaupt keine Rolle, ob jetzt darüber abstimmt werde oder in drei Monaten. Sie bitte darum, diesem Leitbild eine Chance zu geben, dass man in drei Monaten vielleicht einstimmig dieses Leitbild verabschieden könne. Wenn es dann nicht so sei, könne man nichts dagegen tun.

STVE Dr. Dejaco meint, in der Republik Österreich gebe es Personen, bei denen sich die Nackenhaare aufstellen würden, wenn sie den Begriff Integration nur hören. Er habe die Hoffnung, dass sich solche Personen nicht in der Stadtvertretung befinden. Deshalb trete er für diesen Vertagungsantrag ein. Er meine es sei angebracht, die FPÖ einzuladen mitzuarbeiten – ein letztes Mal – und dann könne man sie an ihren Taten messen.

Die Sitzung wird um 20.40 Uhr für 10 Minuten unterbrochen

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Entscheidung über den gegenständlichen Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

Der Vorsitzende erklärt, die Aufgabe der Arbeitsgruppe werde es sein, bis zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung im gemeinsamen Bemühen die Einwendungen, die hier vorgebracht worden seien, entsprechend zu diskutieren.

13. Verkehrslösung Feldkirch Süd – Variantenvergleich 5.3 mit 0+

STR Thalhammer bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, er finde es sonderbar, wenn bereits in der Begründung des Antrages von Feldkirch Blüht der Mehrheitsfraktion das Stimmverhalten unterstellt werde, welche diese bei einer allfälligen zusätzlichen Befassung mit dieser Thematik dann auch tatsächlich in der Stadtvertretung an den Tag legen werde. Also werde unterstellt, dass die Variantenprüfung gar nicht ernst genommen und von vornherein bereits der Variante 5.3 die Zustimmung erteilt werde. Er würde sich eine ähnliche Haltung von Seiten Feldkirch Blüht wünschen, dass das, was mit dieser Variantenuntersuchung auch beabsichtigt gewesen sei, nämlich die Reflektierung des Ergebnisses, Straßenbau oder Variante 0+, auch von Seiten der Grünen dann akzeptiert werde. Feldkirch Blüht wolle so lange prüfen und untersuchen, bis diese Fraktion ein ihr genehmes Ergebnis erhalte und vorher werde das Ergebnis sowieso nicht akzeptiert. Mit dieser Einstellung habe er ein Problem. Wenn dies dann noch bei der Einleitung eines Antrages so formuliert werde, dass man sagt, man unterstelle der Mehr-

heitsfraktion sowieso, dass sie ihre Haltung bereits jetzt fixiert habe und die Variantenuntersuchung nicht ernst nehme, dann sei dies demokratiepolitisch eine zu hinterfragende Grundhaltung.

STR Dr. Lener meint, sie sei verwundert, dass hier so lange über alte Hüte, über die keiner mehr spreche, argumentiert werde und dann plötzlich behauptet werde, dass ein laufender Prozess politisch nicht diskutiert werde. Sie könnte es sich ganz einfach machen und sagen als referatszuständige Stadträtin möchte sie darauf hinweisen, dass der aktuelle Planungsstand zur Verkehrslösung Feldkirch Süd selbstverständlich in einer der nächsten Ausschusssitzungen einer abschließenden Prüfung zugeführt werden soll. So, dass also der Antrag von Feldkirch Blüht völlig überflüssig sei. Aber der Antrag von Feldkirch Blüht und insbesondere die schriftliche Version dieses Antrages beinhalte Forderungen, die ganz klar im Zusammenhang mit der medialen Offensive der Gegner zur Straßenlösung gesehen werden müssten. Unrichtig sei insbesondere die Darstellung, der Planungsausschuss habe sich bisher nur gestrafft und unvollständig mit dem Thema beschäftigen können und zu wenig Informationen erhalten. Seit Planungsbeginn – sie spreche hier nicht über den Letzetunnel – sie spreche ausschließlich über die Planungen zur Verkehrslösung Feldkirch Süd – im Jahr 2005 – sei ein absolut transparenter Planungsprozess geführt worden. Während dessen sei nicht nur der Planungsausschuss, sondern auch die Öffentlichkeit sehr umfassend mehrere Male über Etappenergebnisse informiert worden. Es habe jeweils im Vorfeld Bürgerinformationsveranstaltungen in Feldkirch und in Frastanz gegeben, vier gemeinsame Sitzungen des Planungsausschusses Feldkirch und des Gemeindevorstandes von Frastanz. Dies sei im Oktober 2006, im Juni 2007, im November 2007 und zuletzt am 24.11.2008 der Fall gewesen. Diese Sitzungen hätten sich ausschließlich mit dem Thema Verkehrslösung Feldkirch Süd befasst. Und darüber hinaus, und sie habe das nachgeprüft, habe der Planungsausschuss seit Beginn des Planungsprozesses im Jahr 2005 in weiteren 11 Sitzungen sich jeweils mit dem aktuellen Verfahrens- bzw. Planungsstand beschäftigt. Sie möchte die Ergebnisse dieses Planungsprozesses an dieser Stelle, für diejenigen, die nicht unmittelbar Mitglieder des Planungsausschusses seien, bzw. für die, die nicht die Gelegenheit gehabt hätten, sich bei den öffentlichen Veranstaltungen zu informieren, in Erinnerung rufen. Im Herbst 2006 seien 12 Straßenvarianten mit einer ersten Bewertung vorgestellt worden. Im Sommer 2007 seien diese Daten auf 14 Varianten erweitert und im Planungsausschuss und mit der Bevölkerung diskutiert worden. Außerdem habe es damals bereits erste und ausführliche Überlegungen zur Tunnelanbindung der Feldkircher Innenstadt gegeben. Bis zum November 2007 habe man dann aus diesen Straßenvarianten die beiden Varianten 5.3 und 8.2 weiter verfolgt, vertieft und geprüft und die Portallösungen auch für die anderen Tunneläste skizziert. Man habe Fragen der geotechnischen Machbarkeit ebenso geprüft, wie sicherheitstechnische Aspekte. Man habe Lüftungskonzepte erarbeitet, und Luftschadstoffberechnungen durchgeführt. Verkehrsmodelle seien laufend an den aktuellen Planungsstand angepasst worden. Alle Ergebnisse seien von Experten im Planungsausschuss und in der Öffentlichkeit entsprechend offengelegt worden. Damals habe sich dann die sogenannte Straßenvariante 5.3 als Bestvariante erwiesen. Ausgehend davon – und dies sei wahrlich nicht nur eine Idee von Feldkirch Blüht gewesen – sei dann zum Vergleich dieser Straßenvariante die sogenannte O+ Prüfung angeregt worden. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass die Verkehrslösung Feld-

kirch Süd nicht nur eine Straßenlösung sein werde, sondern vielmehr, dass der öffentliche Verkehr auch entsprechend bedarfsgerecht weiter entwickelt werden müsse. Eine der ersten und in diesem Zusammenhang sehr wesentlichen Maßnahmen sei die Machbarkeitsstudie zu einer grenzüberschreitenden S-Bahn zwischen Feldkirch und Sargans gewesen. In der letzten Planungsphase sei also, wie gesagt, die sich als Bestvariante herauskristallisierende Straßenvariante 5.3 nochmals hinsichtlich der Portalagen in Tisis verfeinert worden und dann die sogenannte O+ Variante entwickelt worden. Dies bedeute, dass eine verkehrsplanerische Maßnahme gesetzt werden soll, wo vollständig auf einen Straßenneubau verzichtet werden könne und stattdessen das Schwergewicht aller verkehrsplanerischen Maßnahmen in den öffentlichen Verkehr und in ein entsprechendes Mobilitätsmanagement setze. Dies bedeute gleichzeitig extreme Beschränkungen für den privaten Verkehr. Mit dieser Aufgabe habe man vom Land Vorarlberg das renommierte Grazer Verkehrsplanungsbüro Sammner und Partner beauftragt und die Erstellung des Zielkataloges für diese Untersuchung. In die Festlegung der wesentlichen Bewertungskriterien für diese Untersuchung seien nicht nur die Fachplaner, die mit dem Prozess betraut gewesen seien, eingebunden, sondern auch alle Kritiker und alle Gegner der Straßenvariante. Sie wolle an dieser Stelle nur erwähnen, dass sich Transform mit DI Postner und der Verkehrsclub Liechtenstein mit Dr. Sele gegen eine Straßenlösung ausgesprochen hatten.

Die Auswahl dieser Kriterien sei also von Beginn an vorbestimmt gewesen und das Ergebnis, das im Sommer diesen Jahres dann präsentiert worden sei, wiederum zunächst im Planungsausschuss und dann in der Öffentlichkeit, habe dann manche überrascht. Das Ergebnis sei aber eindeutig. Danach könne nur mit einer Verkehrslösung, die auch eine Straßenvariante beinhalte, die dringend notwendige verkehrliche Entlastung von Feldkirch, insbesondere von der Innenstadt und von Tisis, erreicht werden. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine neue Bahn- oder Straßenbahnverbindung, die bis nach Schaan führen müsste, um überhaupt eine Alternative darstellen würde und überhaupt umsetzbar wäre. Diese Fragen seien noch offen.

Seit der Vorstellung des Variantenvergleiches würden nun die Kritiker der Straßenvariante versuchen, die Ergebnisse der O+ Untersuchung plötzlich durch fragwürdige Unterstellungen auszuhebeln. Da sei plötzlich die Rede in der Presse von Verfälschung, gar von Fälschung der Studie zur O+ Variante, was für sie nicht nur deshalb erstaunlich sei, weil der Autor der Variantenstudie, DI Röschel, die in den Planungsprozess eingebunden Kritiker, aber auch die Öffentlichkeit und auch den Planungsausschuss persönlich informiert habe, und am 24.11.2008 persönlich Rede und Antwort gestanden habe und sich dabei sicherlich gegen eine Manipulation der eigenen Untersuchung zur Wehr gesetzt hätte. Erstaunlich sei der Vorwurf aber glaube sie auch deswegen, weil die selben Kritiker in einem Atemzug behaupten, dass man ihnen die Einsicht in die Studie der O+ Variante verwehre. Dies passe für sie überhaupt nicht zusammen. Soweit sich Feldkirch Blüht heute im Antrag der Forderung nach Offenlegung dieser Studie anschliesse, möchte sie festhalten, dass diese Studie oder Wirkungsanalyse von DI Röschel nicht das geistige Eigentum der Stadt Feldkirch sei und es daher auch nicht im Ermessen der Stadtvertretung liege, rechtlich nicht liege, diese Unterlagen, wem auch immer, zur Verfügung zu stellen. Aber andererseits habe das Land Vorarlberg bereits angekündigt, die entsprechenden Endberichte zur Verfügung zu stellen. Sie persönlich gehe daher davon aus, dass die erforderlichen Unterlagen dem Planungsausschuss sehr wohl zur Verfügung gestellt würden. Nicht nur um den gesamten Pla-

nungsprozess noch einmal vertieft diskutieren zu können, sondern auch um diesen endlich, im Sinne einer umfassenden Verkehrslösung Feldkirch Süd, in die Zielgerade bringen zu können. Eine Verkehrslösung, die neben dem Straßenbau auch zahlreiche Begleitmaßnahmen umfassen soll und die auch die künftige Südeinfahrt der Bahn zumindest möglich machen soll. Es seien nämlich – und sie habe das heute wieder beobachtet – die Bürgerinnen und Bürger, die täglich im Stau stünden, wenn sie in die Stadt wollen, die die Busverbindungen nicht mehr nutzen, weil sie Anschlüsse versäumen. Es sei dies eine Situation, die ihrer Meinung nach nicht länger zumutbar sei. Es sei unsere Stadt, die Luftsanierungsgebiet sei und die Gefahr bestehe, dass der Verkehr gesperrt werden müsse. Was das für die Wirtschaft bedeute, möchte sie an dieser Stelle nicht ausführen, wo man gerade von der Wirtschaftskrise und deren möglichen Maßnahmen bzw. Auswirkungen gehört habe. Die jetzt vorliegende O+ Untersuchung noch einmal durch weitere Untersuchungen vertiefen zu wollen, wie dies von Feldkirch Blüht verlangt werde, könne sie ebenfalls nicht nachvollziehen. Zudem sei es so, dass bereits in dieser O+ Variante Annahmen getroffen worden seien, wie beispielsweise eine inflationsbedingte Verdoppelung des Benzinpreises bis ins Jahr 2020, womit eine an und für sich schlechte Wirtschaftsentwicklung sozusagen vorausgesetzt worden sei. Natürlich könne man jetzt hergehen und dieses Szenario weiter beliebig verschlechtern. Man könne davon ausgehen, dass die Verknappung der Energiereserven weltweit so sein werde, dass man nicht mehr Auto fahren werde. Man könne aber auch umgekehrt der Meinung sein, dass es einen Technologieschub geben könnte. Man könne die künftige Entwicklung so oder so nicht vollständig antizipieren. Die O+ Variante beruhe auf Annahmen und Trendfortschreibungen von namhaften Zukunftsforschern, und das Land Vorarlberg habe als Planer nicht alleine dem Verkehrsbüro Röschel vertraut, sondern auch diesen eingebundenen NGO's, die bei den getroffenen Maßnahmen entsprechend mitdiskutiert hätten. Sie meine, es sei jetzt an der Zeit, auf Basis dieser Wirkungsanalyse endlich zu entscheiden. Dies sei nicht mehr eine Sache weiterer Gutachten, sondern eine Sache der Politik. Sie möchte daher der Stadtvertretung heute folgenden Abänderungsantrag zum Antrag von Feldkirch Blüht vorschlagen, nämlich mit dem Hintergrund, dass es tatsächlich zutrefte, dass über die Bestvariante noch nicht diskutiert worden sei. Und das sei nötig, dies in der Stadtvertretung auch zu tun. Der Prozess sei jetzt soweit, dass er abgeschlossen werden könne und damit sei es auch jetzt soweit, dass eine entsprechende Vorberatung noch einmal im Planungsausschuss stattfinden soll.

Ihr Antrag laute daher:

Die Ergebnisse der Untersuchung zur Verkehrsplanung Feldkirch Süd werden auf Basis des aktuellen Planungsstandes im Planungsausschuss beraten. Das Ergebnis der Beratung wird der Stadtvertretung zur Beschlussfassung einer Empfehlung an die Vorarlberger Landesregierung vorgelegt werden, die sich aus der Beratung ergebende Bestvariante zur vertieften Planung freizugeben, die erforderlichen Behördenverfahren einzuleiten und die Bestvariante umgehend zu realisieren.

STV Reisch erklärt, am 24.11.2008 seien die Mitglieder des Planungsausschusses von Feldkirch und Frastanz sowohl zu einer Sitzung des Planungsausschusses, als auch zu einer Informationsveranstaltung zur Verkehrsplanung Feldkirch Süd geladen worden. Am Mittag des gleichen Tages habe man schon in den Medien und über das Radio

gehört, dass Feldkirch für die Straßenvariante 5.3 sei. Sie habe sich gefragt, ob sie überhaupt noch zu dieser Veranstaltung gehen soll. Es habe auch in der Einladung gestanden, „es wird um Teilnahme ersucht und aus gegebenem Anlass an die Vertraulichkeit der Sitzung erinnert“. Dies sei für sie doch etwas demokratiepolitisch bedenklich gewesen. Diese Veranstaltung sei nicht von einem besonders guten Klima geprägt gewesen. Fragen seien zwar von den Experten beantwortet worden, aber man habe den Eindruck gehabt, wenn jemand sich kritisch mit diesen Varianten oder mit der sogenannten Bestvariante auseinandersetzen wollte, dann sei er hier nicht am richtigen Platz gewesen. Sie könne den Ausführungen von Frau STR Marlene Thalhammer folgen, dass hier viel zu wenig Raum dem Planungsausschuss gegeben worden sei, um sich wirklich intensiv in diesen Bereichen, mit diesen verkehrspolitischen Dingen auseinanderzusetzen. Ihre Fraktion habe immer wieder gefordert, dass, wenn bei einer Verkehrsplanung Feldkirch Süd eine Straßenvariante entsprechend verwirklicht werde, dies auch im Besonderen mit dem neu erstellten Gesamtverkehrskonzept in Einklang gebracht werden müsse. Es könne nicht das eine getrennt vom anderen betrachtet werden. Sie unterstütze den Antrag – sie könne beide Anträge unterstützen – dass noch einmal wirklich intensiv der Planungsausschuss bzw. die Mitglieder des Planungsausschusses Gelegenheit haben, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und dann eine Empfehlung an die Stadtvertretung weitergeben.

STV Dr. Diem erklärt, STR Thalhammer habe nicht gemeint, dass schon eine vorgefasste Meinung bestehe, sondern habe nur auf die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtvertretung hingewiesen. Es bestehe sicher keine Gefahr, dass plötzlich Beschlüsse zustande kämen, mit denen die ÖVP nicht einverstanden sei. Also die Interpretation, dass demokratiepolitisch etwas unterstellt werde, könne er aus der Wortmeldung von STR Thalhammer nicht nachvollziehen. Seine Fraktion könne auch dem Abänderungsantrag oder dem Ergänzungsantrag näher treten. Er ersuche allerdings, dass der Satz erhalten bleibe, dass man auch Kombinationen der Varianten nochmals im Ausschuss berät und untersucht. Es sei kein Widerspruch, wenn in dieser Beurteilung herauskomme, dass die eine Variante die beste sei. Dann werde das eben so beschlossen. Auch ersuche er, wenn das geistige Eigentum dieser Untersuchungen an anderer Stelle liege, dass zumindest die Stadt Feldkirch sich dafür einsetzt, dass diese Unterlagen dem Planungsausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint es sei schon ein Unterschied, wenn Feldkirch Blüht diese zusätzlichen Varianten oder Kombinationen prüfen möchte, wie dies im Antrag festgehalten sei. Dies bedeute nicht beraten und sei sehr wohl ein Unterschied. Deshalb könne sie dieser Formulierung nicht folgen. Unter dem Abänderungsantrag von STR Dr. Lener sei eine Beratung aller Varianten im Planungsausschuss möglich, aber eine Prüfung, so wie im Antrag von Feldkirch Blüht, sei viel weitgehender. Deshalb sei dies kein Ergänzungsantrag, sondern ein Abänderungsantrag, wobei absichtlich dieser Satz herausgenommen worden sei. Beraten könne man selbstverständlich, nicht jedoch noch Varianten prüfen. Es müsse irgendwann wirklich eine politische Entscheidung getroffen werden.

STV Dr. Diem stellt klar, dass nicht gemeint sei, dass nochmals weitere Expertenkommissionen und weitere Aufträge vergeben werden. Es liege wahrscheinlich an der

Wortwahl, denn gemeint sei, dass man vorliegende Varianten, welche schon untersucht worden seien, nochmals berät und schaut, ob es sinnvolle Kombinationen gibt. Es sei also sicher nicht daran gedacht, das Ganze zu verzögern, sondern zu schauen, was wirklich die günstigste Variante sei. Und dass die Mehrheit dann einen offiziellen Beschluss fasst, sei eigentlich Sinn des Antrages. Zur Aussage des Bürgermeisters, dass sich die Grünen mit einem Ergebnis auch einverstanden erklären sollten, glaube er, dass es schon immer politisch Usus gewesen sei, auch wenn eine Gruppierung anderer Meinung sei, dies zu akzeptieren und zur Kenntnis zu nehmen. Einen Beschluss akzeptieren werde seine Fraktion auf jeden Fall, allerdings werde man sich nicht daran hindern lassen, immer wieder Argumente vorzubringen.

STR Dr. Lener betont, dass bei der Wortwahl von Feldkirch Blüht eine Prüfung verlangt werde. Eine Prüfung sei ganz etwas anderes, als das, was der Planungsausschuss zu machen habe und auch machen könne. Die Prüfung neuer Varianten sei Sache des Landes Vorarlberg. Sie glaube auch, dass man im Moment bereits an einem Endpunkt stehe, wo man sagen könne, und das glaube sie für alle sagen zu können, die den Prozess verfolgt hätten, von den Straßenvarianten werde die 5.3 Variante wohl nicht mehr als Bestvariante bestritten werden können. Worum es gehe, und da sei sie genau so offen wie Feldkirch Blüht, sei die Frage, welche zusätzlichen Maßnahmen man benötige, um eine insgesamt befriedigende Verkehrslösung zu erreichen. Ihre Aufgabe sei es, im Planungsausschuss diesbezüglich umfassend zu informieren. Man werde dabei den Bogen spannen und sich bemühen, alle Informationen beizuschaffen, um die Fragen zu beantworten. Aber sie betone nochmals, für sie sei es einfach ein Unterschied, und sie glaube, es sei weder Auftrag noch Aufgabe des Planungsausschusses, neue Varianten zu prüfen. Es gehe ihr darum, und das sei ihr sehr wichtig, dass umfassend beraten werde und in diesem Sinne sei auch ihr Abänderungsantrag, dem sie bitte zuzustimmen.

STR Thalhammer erklärt, ihre Fraktion habe keinen Abänderungsantrag schriftlich erhalten und nun müsse man schnell reagieren. Sie sei entgegen der Meinung von STV Dr. Diem nicht der Auffassung, dass da nicht wirklich große Unterschiede enthalten seien. Vor allem komme es darauf an, was man unter Bestvariante verstehe. Sie habe inzwischen von der Dialogrunde die Unterlagen von Herrn Röschel erhalten und diese seien nicht vollständig vorgestellt worden. Deshalb auch der Wunsch, dass dies nunmehr vollständig vorgestellt werde. Wenn man sich im Antrag von Feldkirch Blüht am Wort „geprüft“ störe, könne sie sich auch den Wortlaut *diskutiert oder umfassend beraten*, vorstellen, wenn es das sein sollte. Aber nicht nur die Bestvariante, welche man in der Pressekonferenz zu Mittag herausgehört habe, sondern eben diese ganze Wirkungsanalyse. Das Wort geprüft könne gerne gestrichen werden.

Der weitergehende Antrag von STR Thalhammer erhält mit den Stimmen der SPÖ (mit Ausnahme von STV Anton Grassl) und Feldkirch Blüht – Die Grünen keine Mehrheit.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen von STV Dr. Diem und STVE Ing. Kuntner folgenden Abänderungsantrag:

Die Ergebnisse zur Untersuchung zur Verkehrsplanung Feldkirch Süd werden auf Basis des aktuellen Planungsstandes im Planungsausschuss beraten. Das Ergebnis der Beratung wird der Stadtvertretung zur Beschlussfassung einer Empfehlung an die Vorarlberger Landesregierung vorgelegt werden, die sich aus der Beratung ergebende Bestvariante zur vertieften Planung freizugeben, die erforderlichen Behördenverfahren einzuleiten und die Bestvariante umgehend zu realisieren.

14. Änderung der Marktordnung

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Allgäuer möchte wissen, ob laut EU-Recht auch die Möglichkeit bestehe nein zu sagen, denn dann müsste nicht abgestimmt werden. Wenn es EU-Recht sei, müsse dies umgesetzt werden. Wenn dieser Spielraum gegeben sei, sage er ganz klar, dass Regionalität bevorzugt werden soll, dass Landwirte und Gewerbetreibende aus der EU bevorzugt behandelt werden sollen, die auch bereit seien, Kommunalsteuer zu bezahlen.

STR Matt erklärt, dass ihm dieser Spielraum nicht bekannt sei.

STV Lingenhölle meint, er habe gehört, auch Landwirte würden der Kommunalsteuer unterliegen, wobei dies STV Allgäuer – zumindest für seine Person – verneint.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimme von STV Allgäuer folgenden Beschluss:

**VERORDNUNG
der Stadtvertretung über die Änderung der Marktordnung aufgrund
des Beschlusses vom 16.12.2008**

**Die Marktordnung der Stadt Feldkirch wird gemäß §§ 286 und 293
Gewerbeordnung 1994 wie folgt geändert:**

Im § 5 Abs 3 hat der letzte Satz zu entfallen.

**Die Verordnung tritt mit dem auf ihre Kundmachung folgenden Tag in
Kraft.**

15. Grundablösungen – teilweise Übertragung des Beschlussrechtes an den Stadtrat

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 16.12.2008 betreffend die Übertragung von Beschlussrechten an den Stadtrat

Aufgrund des § 50 Abs 3 des Gemeindegesetzes wird verordnet:

Das der Stadtvertretung zustehende Beschlussrecht wird hinsichtlich der Genehmigung von Grundablöseverträgen dem Stadtrat übertragen, sofern

- **die Grundablösung für eine Gemeindestraße erfolgt**
- **die voraussichtliche Ablösefläche 60 m² je betroffenem Grundstück nicht übersteigt**
- **die Grundablösung zu den üblichen finanziellen Bedingungen erfolgt**
- **die Zustimmung des Planungs- und Hochbauausschusses zum Straßenprojekt vorliegt oder ein bereits als Verkehrsfläche genutzter Grundstücksteil abgelöst wird.**

Diese Verordnung tritt mit dem auf ihre Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

16. Auflassung einer Teilfläche der Liechtensteinerstraße, KG Feldkirch als Gemeindestraße

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Dr. Dejaco erklärt sich für befangen und enthält sich der Stimmabgabe.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 16.12.2008 betreffend die Auflassung von Straßenstücken als Gemeindestraße.

Auf Grund § 9 Abs. 6 Straßengesetz, LGBl. Nr. 8/1969 idF. 3/2003, wird verordnet:

§ 1

Eine Teilfläche der Liechtensteinerstraße, GST-NR 694/1, KG Feldkirch, im Ausmaß von ca. 57 m², gemäß des Lageplanes (M 1:200, Grundverkauf Fa. Bauarat) vom 30.01.2008, wird als Gemeindestraße aufgelassen.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem auf ihre Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

17. EKZ Ambergpark – Verordnung gem. § 31 RPG (Mindestmaß der baulichen Nutzung)

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

VERORDNUNG

der Stadt Feldkirch über das Mindestmaß der baulichen Nutzung auf den GST-Nrn. 4866/6, 4868, 4870, 5177/2 und .318, alle KG Altstadt.

§ 1

Auf Grundlage des § 31 RPG, LGBl.Nr. 39/1996 idGF und der Verordnung der Landesregierung über die Zulässigerklärung der Widmung einer besonderen Fläche für ein Einkaufszentrum in Feldkirch, LGBl.Nr. 57/2008 wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung für die Grundstücke GST-Nrn. 4866/6, 4868, 4870, 5177/2 und .318, alle KG Altstadt wie folgt festgelegt:

Mindestgeschosszahl 2, wobei ein Geschoss keine geringere Geschossfläche als 80% der Geschossfläche des größten Geschosses aufweisen darf, um als ganzes Geschoss gezählt zu werden. Geschosse sind als tatsächliche Geschosse unabhängig vom Niveau und von der Geschosshöhe zu verstehen.

18. Umwidmungen

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- a) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt den Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes dergestalt, dass die GST-Nrn. 4866/6, 4868, 4870, .318 und 5177/2, KG Altstadt in Baufäche Kerngebiet – besondere Fläche für ein Einkaufszentrum BK_{E2} mit einem Höchstausmaß der Gesamtverkaufsfläche von 3.100 m², hievon höchstens 2.162 m² Verkaufsfläche für sonstige Waren (§ 15 Abs. 1 lit. A Z. 2 RPG) und hievon wiederum höchstens 600 m² Verkaufsfläche für Lebensmittel, umgewidmet werden sollen.**

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

STVE Dr. Dejaco erklärt sich für befangen und enthält sich der Stimmabgabe.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes in der Weise, dass eine Teilfläche von GST-NR 694/1, KG Feldkirch im Ausmaß von 57 m² von Verkehrsfläche – Gemeindestraße in Baufläche – Kerngebiet umgewidmet werden soll.**

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- c) Die Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes in der Weise, dass eine Teilfläche von GST-Nr. 59, KG Feldkirch im Ausmaß von ca. 16 m² von Verkehrsfläche - Gemeindestraße in Baufläche – Kerngebiet umgewidmet werden soll.**

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag d) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- d) Die Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes in der Weise, dass Teilflächen der GST-Nrn. 1257 und 1277, KG Tisis von Verkehrsfläche – Gemeindestraße in Baufläche – Mischgebiet umgewidmet werden sollen.**

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag e) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimme von STV Rietzler folgenden Beschluss:

- e) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes dergestalt, dass Teilflächen der GST-Nrn. 1659/2 und 1659/3, KG Altstadt im Ausmaß von ca. 1.500 m² von Freifläche – Freihaltegebiet in Baufläche - Betriebsgebiet (Kategorie I) umgewidmet werden. Die Stellungnahmen der Naturschutzbeauftragten Fr. Mag. Harder, BH Feldkirch, des Forsttechnischen Dienstes für Lawinen- und Widbachverbauung - Gebietsleitung Bregenz und der Abt. Wasserwirtschaft des Amtes der Vorarlberger Landesregierung werden zur Kenntnis genommen.**

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag f) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- f) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes dergestalt, dass eine Teilfläche der GST-Nr. 162/2, KG Altstadt im Ausmaß von ca. 8 m² von Bau-**

**fläche Mischgebiet – besondere Fläche für sonstige Handelsbetrieb
BM_{HI} in Verkehrsfläche - Gemeindestraße ungewidmet werden
sollen.**

19. Festlegung neuer Kanaleinzugsbereiche

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**VERORDNUNG
der Stadtvertretung vom 16.12.2008
betreffend die Festlegung von Kanaleinzugsbereichen**

Gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 des Kanalisationsgesetzes, LGBl. Nr. 5/1989 idgF, wird verordnet:

Für die ABA (Abwasserbeseitigungsanlage) „Wildpark“, BA 62, wird der Kanaleinzugsbereich gemäß der Planbeilage vom Oktober 2008, Plan Nr. G 08.022/010 festgelegt.

20. Darlehensaufnahmen

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch nimmt bei der Sparkasse Feldkirch für den Erwerb bebauter Grundstücke ein Kommunaldarlehen in der Höhe von ca. € 710.000 mit einem variablen Zinssatz bei Angebotsstellung (Basis 29.09.08) von 5,49 % (Basis 6-Monate-Euribor mit einem Aufschlag von 0,07 %) auf. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre, Zuzählung 100 %, keine Zuzählungsgebühr bzw. sonstige Spesen.

Weiters nimmt die Stadt Feldkirch für den Bauabschnitt 60 ein Kommunaldarlehen in der Höhe von ca. € 1.170.000 mit einem variablen Zinssatz bei Angebotsstellung (Basis 29.09.08) von 5,49 % (Basis 6-Monate-Euribor mit einem Aufschlag von 0,07 %) auf. Die Laufzeit beträgt 25 Jahre, Zuzählung 100 %, keine Zuzählungsgebühr bzw. sonstige Spesen.

Für beide Darlehensaufnahmen wird der Stadtkämmerei in Absprache mit dem zuständigen Finanz- und Wirtschaftsstadtrat die Kompetenz eingeräumt, das variable Darlehen in Anbetracht der Zinsentwicklung auch auf Basis 3-Monate-Euribor zuzählen zu lassen und bei einem niedrigen Marktzinssatz für 5 und 10 Jahre Fixzinssätze in ein Fest-

zinsdarlehen umzustellen, dies allenfalls auch in Form eines sogenannten Forward Agreements (Zinsabsicherung für einen künftigen Zeitpunkt).

21. Bürgschaftsübernahme für den Abwasserverband Region Feldkirch

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch übernimmt eine Bürgschaft als Bürge und Zahler im Sinne des § 1357 ABGB zu Gunsten des Abwasserverbandes der Region Feldkirch in der Höhe von € 4.477.000,00 gegenüber der BAWAG/PSK mit einer Gesamtlaufzeit von 25 Jahren.

22. Vereinbarung Verein Wildpark Feldkirch, Verein Lebenshilfe Vorarlberg, Stadt Feldkirch – Kiosk Wildpark

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch stimmt der Vereinbarung abgeschlossen am 9.9.2008 zwischen Verein Wildpark Feldkirch einerseits und Verein „Lebenshilfe Vorarlberg; Interessensgemeinschaft für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung“, 6840 Götzis, andererseits betreffend die Generalsanierung des Kiosks im Wildpark Feldkirch auf GST-NR 4281/1 KG Altstadt ausdrücklich zu.

23. Beitritt zur Bringungsgenossenschaft „Wilder Berg“, Feldkirch-Tosters

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch erklärt sich mit der Bildung einer Bringungsgenossenschaft gemäß § 68 Abs. 1 Forstgesetz 1975 und den Satzungen für die forstliche Bringungsgenossenschaft „Wilder Berg“, Feldkirch vom 9.4.2008 (inkl. Kostenschlüssel und Wegkataster) ausdrücklich einverstanden und tritt der Bringungsgenossenschaft bei. Gleichzeitig erklärt die Stadt Feldkirch sich mit der damit verbundenen Grundinanspruchnahme einverstanden und räumt den Eigentümern der von der Weganlage erschlossenen Grundstücke das forstliche Bringungsrecht über diesen Forstweg ein.

24. Umlegung Runa Ila

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimme von STV Dr. Diem folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch beteiligt sich mit den ihr gehörenden GST-NRn 1146, 1153, 1158, 1159, 1160, 1162, 1165, 1166, 1171, 1172, 1177, 1179, 1181/1 im Gesamtausmaß von 29.521 m² in privatrechtlicher Hinsicht an der Umlegung Runa Ila zu den im Antrag genannten Bedingungen.

25. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag aa) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**aa) Der Beschluss des Stadtrates vom 18.8.2008 gemäß § 60 Abs. 3 Gemeindegesetz, wie im Antrag ausgeführt, wird aufgehoben.
Die Stadtvertretung fasst folgenden neuen Beschluss:**

Die Stadt Feldkirch als Eigentümerin des GST-NR 703/1 vorkommend in EZ 738 Grundbuch 92102 Altenstadt räumt dem jeweiligen Eigentümer des GST-NR 683/2 (Christiane und Robert Schwab, Am Berg 5, 6833 Klaus) das unentgeltliche, uneingeschränkte und unwiderrufliche Geh- und Fahrrecht über GST-NR 703/1, wie im beiliegenden Lageplan vom 13.8.2008 gelb dargestellt und wie in der Natur bereits ausgebaut, ein. Die Stadt Feldkirch erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass diese Dienstbarkeit in der bezughabenden Einlagezahl verbüchert wird. Die Dienstbarkeitsnehmer haben sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Verbücherung dieser Rechtseinräumung zu übernehmen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag ab) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**ab) Die Stadt Feldkirch räumt für sich und ihre Rechtsnachfolger ein:
Ob den Liegenschaften in**

**EZ 378 Grundbuch 92102 Altenstadt
GST-NR 4189, 4187/1, 4177/2, 4170/2, 3884/3, 3495 sowie
3453/1,**

**EZ 944 Grundbuch 92102 Altenstadt
GST-NR 4171/3, 3883/1 sowie 3486/1**

**EZ 2859 Grundbuch 92102 Altenstadt
GST-NR 3881/3 sowie 3876/2**

**EZ 3440 Grundbuch 92102 Altenstadt
GST-NR 2401/137**

**EZ 178 Grundbuch 92125 Tosters
GST-NR 1454/1**

die dauernde Dienstbarkeit der Kabelleitung – Rohrtrasse gemäß Vertragspunkt I zu Gunsten der ÖBB Infrastruktur Bau Aktiengesellschaft, 1120 Wien, Vivenotgasse 10 und willigt ausdrücklich in die Einverleibung der Dienstbarkeit in der jeweiligen bezughabenden Einlagezahl ein. Die Stadt Feldkirch erhält als einmalige Entschädigungszahlung € 12.337,60 zuzüglich Mehrwertsteuer. Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Rechtseinräumung hat die ÖBB Infrastruktur Bau Aktiengesellschaft zu übernehmen. Im Übrigen gelten die im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadt Feldkirch als Eigentümerin des GST-NR 2386/1, 2386/2 und 2436, alle vorkommend in EZ 756 Grundbuch 92116 Nofels, räumt der VEG Vorarlberger Erdgas GmbH, Höchsterstraße 42, 6850 Dornbirn und deren Rechtsnachfolgern als Eigentümerin des GST-NR 4477/2 in EZ 6535 KG Lustenau das Dienstbarkeitsrecht eine Erdgashochdruckleitung mit allenfalls mitgeführten Erdgasmitteldruckleitung und Leerrohr für Fernmeldeübertragungskabel zu errichten, zu betreiben, instand zu halten und zu erneuern ein. Die Stadt Feldkirch stimmt ausdrücklich der Einverleibung der Dienstbarkeit in der bezughabenden Einlagezahl zu. Als Entschädigung für die Rechtseinräumung erhält die Stadt Feldkirch € 4.053,60 (inkl. MWST). Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Rechtseinräumung hat die VEG Vorarlberger Erdgas GmbH zu übernehmen.**

Die Stadt Feldkirch veräußert an die VEG Vorarlberger Erdgas GmbH eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 300 m² aus GST-NR 4200/1 vorkommend in EZ 499 mit der Aufschrift Gemeindefeld zum m²-Preis von € 80,--. Der Verkauf erfolgt vorbehaltlich,

dass eine entsprechende Widmung für diese Teilfläche zum Betrieb einer Gasdruckstation erlangt wird. Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit diesem Rechtsgeschäft hat die VEG Vorarlberger Erdgas GmbH zu übernehmen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis.

Dr. Dejaco erklärt seine Befangenheit und enthält sich der Stimmabgabe.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- c) Die Stadt Feldkirch verkauft an die jeweiligen Eigentümer der EZ 366 mit GST-NR 586 Grundbuch 92105 Feldkirch ca. 39 m² aus GST-NR 694/1 (Liechtensteinerstraße) um m²-Preis von € 250,--.**

Die Stadt Feldkirch verkauft an die jeweiligen Miteigentümer der EZ 742 mit GST-NR 591/3 Grundbuch 92105 Feldkirch („management 4 estate“ Liegenschaftsverwertung GmbH & Co KEG, Rösslepark 2a, 6800 Feldkirch) ca. 18 m² aus GST-NR 694/1 (Liechtensteinerstraße) zum m²-Preis von € 250,--.

Im Übrigen gelten die im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag da) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- da) Die Stadt Feldkirch erwirbt von der ruhenden Verlassenschaft nach Maria Bertschler geb. Studer, wohnhaft gewesen in 6800 Feldkirch-Levis, Raiffeisenstraße 5, verstorben am 7.5.2008, das GST-NR 1130/1 mit 2.616 m² und das GST-NR 1130/2 mit 1.660 m², beide vorkommend in EZ 1100 Grundbuch 92125 Tosters zum Pauschalpreis von € 290.000,--. Die Nebenkosten des Grunderwerbes hat die Stadt Feldkirch zu tragen. Im Übrigen erfolgt das Rechtsgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag db) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- db) Die Stadt Feldkirch erwirbt von der ruhenden Verlassenschaft nach Irma Pauline Eß, geb. am 25.5.1921, zuletzt wohnhaft in 6800 Feldkirch, Langäckerweg 2, verstorben am 26.6.2008, den 1/3-Anteil und von Dold Ingrid geb. Eß, geb. am 23.6.1943,**

wohnhaft in 6800 Feldkirch, Luegerstraße 27a, den 2/3-Anteil am GST-NR 1501/58 im Ausmaß von 1.792 m² vorkommend in EZ 1220 Grundbuch 92116 Nofels zum m²-Preis von € 2,60. Die Nebenkosten des Grunderwerbes hat die Stadt Feldkirch zu tragen. Im Übrigen erfolgt das Rechtsgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

Der vorliegende Antrag dc) Grundstückserwerb für die Stadtwerke Feldkirch wird nicht behandelt.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag dd) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

dd) Die Stadt Feldkirch erwirbt von der Vorarlberger Kommunalgebäude Leasing Gesellschaft mbH., Dornbirn, Teile der Grundstücke Nr. 3832 und 3833 im Ausmaß von ca. 1.140 m² (unterirdische Turnhalle) und Teile der Grundstücke Nr. 3833 und .180 im Ausmaß von 2.443 m² zum Preis von € 2.587.076,20 zuzüglich der üblichen Kaufnebenkosten von ca. € 130.000,00 (3,5 % Grunderwerbsteuer, 1 % Grundbucheintragungsgebühr und sonstiger Nebenkosten) welche zur separaten Beschlussfassung im 2. Nachtragsvoranschlag 2008 aufgenommen worden sind. Das Ansparguthaben aus Kautionen bei der Leasingfirma beträgt ebenfalls € 2.587.076,20 und wird mit dem Kaufpreis gegengerechnet.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag de) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

de) Die Stadt Feldkirch stimmt dem Grundablösungsvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Feldkirch, dem Land und der A.S.T. Baugesellschaft m.b.H (FN 226696 b) 6020 Innsbruck, Grabenweg 2 aus GST-NR 162/2, EZ 111 – über ca. 8 m² Fahrbahngrund zu € 260,00/m² (50 % der Kosten trägt die Stadt Feldkirch) und der 50 %igen Kostentragung der baulichen Adaptierungen des Kreuzungsumbaues sowie der Ampelversetzung zu den im Antrag genannten Bedingungen zu.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag ea) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

ea) Die Stadt Feldkirch stimmt der Eigentumsübertragung des GST-NR 493 vorkommend in EZ 58 Grundbuch 92124 Tisis an Bernhard Zimmermann unter Aufrechterhaltung des Vorkaufsrechtes für die Stadt Feldkirch zu.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag eb) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- eb) Die Stadt Feldkirch stimmt der Einverleibung der Löschung des Wiederkaufsrechtes in EZ 2721 mit GST-NR 1099/13 Grundbuch 92116 Nofels zu.
Die Stadt Feldkirch stimmt der Eigentumsübertragung des GST-NR 1099/13 KG Nofels an die „Löwen“ Gastgewerbe GmbH unter Aufrechterhaltung des Vorkaufsrechtes für die Stadt Feldkirch zu.**

26. Abbruch eines Geräteschuppens

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Geräteschuppen, GST-NR .588, KG Altstadt, wird aufgrund des desolaten Zustandes abgebrochen.

27. Verlängerung der Güllegrubenförderung

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- **Die Stadt Feldkirch verlängert die Frist zur Förderung für die Errichtung von Güllegruben und Mistlagerstätten zur Verbesserung der Grund- und Trinkwassersituation in Feldkirch bis zum 31.12.2010. Die Größe ist dem Viehbestand analog den Vorgaben von Land, Bund und EU anzupassen.**
- **Der Fördersatz beträgt 15 % der nachgewiesenen Nettobaukosten und der anerkannten Eigenleistungen. Die Nettobaukosten sind dabei mit den Baurichtkosten s.o. begrenzt.**
- **Über die Gewährung einer Förderung entscheidet der Stadtrat**
- **Der Förderantrag muss vor der Budgeterstellung für das Folgejahr, in welchem die Auszahlung erfolgen soll, eingebracht werden und ist pro Förderantrag und -werber mit maximal € 6.500 begrenzt. Eine Berücksichtigung von Anträgen kann jeweils nur im Rahmen der jährlich genehmigten Budgetmittel erfolgen. Die Vergabe der Fördermittel erfolgt gemäß den Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Feldkirch; die Reihung der Anträge entspricht dem zeitlichen Einlangen der Anträge.**
- **Die Förderungsnehmer verpflichten sich, nachstehende Punkte einzuhalten:**
 - **Es werden keine Hausabwässer in die Güllegruben eingeleitet.**

- Die Menge der Gülleausbringung ist dem Vegetationsstadium anzupassen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Verpflichtungen oder die im Rahmen der Förderungszusage übernommenen Verpflichtungen ist die gewährte Förderung zurückzuzahlen.

Die angeführten Auflagen und Bedingungen sind in einer Förderungsrichtlinie zusammenzufassen und jedem Subventionswerber über Anforderung auszuhändigen.

28. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung der Stadtvertretung vom 14.10.2008

Die Niederschrift wird genehmigt.

29. Allfälliges

STR Keckeis erklärt, so lange Sitzungen seien sehr ermüdend und würden im Ergebnis nicht allzu viel bringen. Auch STV Allgäuer habe dies zu Beginn schon erwähnt. Er sei aber auch kein Freund davon, vor Weihnachten zwei Sitzungen abzuhalten. Vielleicht könnte man sich darauf verständigen, dass sich die Clubobleute vor Beginn der Sitzung treffen, um Konsenspunkte festzulegen, damit diese nicht mehr referiert werden müssten, sondern gleich darüber abgestimmt werden könnte. Dies werde auch bei den nationalen Parlamenten so gehandhabt.

Bürgermeister Mag. Berchtold meint, dies sei ein ganz konkreter Vorschlag, den man wirklich in einer gemeinsamen Besprechung der Fraktionsobleute einmal diskutieren sollte. Man soll sich aber nicht erschrecken lassen, wenn man eine Einladung zu einer Sitzung der Stadtvertretung mit 29 Tagesordnungspunkten erhalte, sondern man soll auch die Qualität der einzelnen Tagesordnungspunkte nach ihrer Substanz mit beurteilen, denn dann reduziere sich schon sehr viel. Zu berücksichtigen sei auch die Qualität der Vorberatungen. Dies sei zum einen ein Verdienst der Verwaltung, die sehr gewissenhaft und sorgfältig die Aufgaben und Agenden, die in den politischen Gremien zur Vorlage kommen, bereits in den Ausschüssen, dann aber auch im Stadtrat und in der Stadtvertretung aufbereite. Auch die Beratungen in den Ausschüssen hätten eine Tiefe und eine Sorgfalt, die dann wiederum dazu führe, dass Anträge in der Stadtvertretung in der Regel auch unverändert übernommen werden können. Auch dies sei eine Qualität, die die Arbeit in Feldkirch auszeichne. Dies sei längst nicht in allen Parlamenten, schon gar nicht kommunalen Parlamenten, so der Fall. Man möge gerade anhand der heutigen Tagesordnung auch berücksichtigen, bei jenen Punkten, die an sich größere Diskussionen erwarten ließen, mit welchem auch zeitlichen Aufwand diese Punkte bereits vorbereitet worden seien, zB Masterplan zur Stadtentwicklung mit einem Wochenende, das die Stadtvertreter dafür investiert hätten, dies seien viele Stunden, nämlich mehr als eine eigene Stadtvertretungssitzung, in die Vorbereitung des Budgets, in einer gemeinsamen Klausur aller Referenten ebenfalls eintägig, Stadträte über alle Fraktionen, mit auch dabei eingeladen die FPÖ. Auch das sei eine Qualität,

die in Feldkirch einmalig sei und auch heute ausdrücklich gelobt worden sei. Dann auch das Integrationsleitbild, breitest diskutiert in den Ausschüssen. Solche Diskussionen, wie sie heute stattgefunden haben, soll es in einer Stadtvertretung auch geben. Aber er meine, dass die reguläre Abwicklung einer Stadtvertretung inkl. Öffentlicher Fragestunde innerhalb von 4 Stunden einem Mitglied der Stadtvertretung zumutbar sei.

STV Dr. Lechhab meint, er sei vielleicht heute in seiner Wortwahl ungerecht und impulsiv gegenüber den Freiheitlichen gewesen, aber er habe viel Pfeffer im Blut. Er freue sich darauf, trotzdem weiter arbeiten zu können und wolle sich für die Unsachlichkeit entschuldigen.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, alles was Dr. Lechhab heute gesagt habe, sei durchaus im Rahmen der sachlichen Diskussion gewesen, die eine solche Thematik vertrage. Da könne er ihn beruhigen und er brauche sich sicher keine Vorwürfe machen und schon gar nicht dafür entschuldigen.

STV Dr. Diem erklärt, seine folgende Wortmeldung beziehe sich auf die Tatsache, wie die Mehrheit über die Minderheit „hinwegfahre“. Man habe heute zum Teil eine sehr hochstehende Stadtvertretungssitzung abgehalten. Gerade auch zB im Hinblick auf das Thema Integration, wo man versucht habe, mit Diskussionen einen Kompromiss zu finden. Wenn Feldkirch Blüht in der Verkehrsfrage eine umfassende Diskussion wünsche, und einen entsprechenden Antrag einbringe, werde dieser dann mit Wortklauerei einfach umgewandelt oder eine Diskussion verweigert. Vor allem weil seine Fraktion auch beim Budget Kompromissbereitschaft signalisiert habe, auch bei Punkten, bei denen man jahrelang nicht zugestimmt habe, sei er sehr enttäuscht über das Verhalten der Mehrheitspartei gerade bei diesem Tagesordnungspunkt, wie schon lange nicht mehr.

Der Vorsitzende meint, dass er dies völlig anders sehe, aber gerne bereit sei, dies anschließend beim gemeinsamen Treffen der StadtvertreterInnen zu diskutieren.

Der Vorsitzende bedankt sich zum Abschluss dieser Sitzung bei allen für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der politischen Arbeit der Stadt Feldkirch im zu Ende gehenden Jahr 2008. Es sei ein Jahr gewesen, in dem man neben wichtigen Entscheidungen eine Reihe von sehr wesentlichen Weichenstellungen vorgenommen habe. Diese Weichenstellungen, die er meine, seien heute allesamt auch bereits angesprochen worden. Sie seien nur zur Erinnerung noch einmal kurz angeführt: Gesamtverkehrskonzept, Masterplan für Feldkirch, die Investitionsprojekte, die die Stadt Feldkirch in den nächsten Jahren sowohl in der Planung und Umsetzung, vor allem aber auch in der Finanzierung herausfordern würden, mit dem Schulbau am Schulzentrum Oberau, mit dem Neubau des Montforthauses, mit dem Bau eines Kraftwerkes an der Unteren Ill und mit der Verkehrslösung Feldkirch Süd. Dass diese Ergebnisse zustande gekommen seien und damit auch die Weichenstellungen für die politische Arbeit, dies wiederhole er nochmals, weil dies nicht selbstverständlich sei, sei auch der Verwaltung zu verdanken. Es sei dies auch der konstruktiven Arbeit auf politischer Ebene, und damit meine er sowohl die Tätigkeit in den Ausschüssen wie auch im Stadtrat und in der Stadtver-

betreuung, zu verdanken. Es sei aber vor allem dem persönlichen Engagement jeder und jedes Einzelnen, der sich für diese Aufgabe zur Verfügung stelle, zu verdanken. Dies sei leider nicht mehr selbstverständlich. Auch in der politischen Arbeit stelle man zunehmend fest, dass sich Bürgerinnen und Bürger nur noch projektbezogen engagieren und nicht mehr dauerhaft für eine politische Aufgabe, die ja weitestgehend ehrenamtlich auf der kommunalen Ebene sei, zur Verfügung stellen. Dafür bedanke er sich herzlich, auch für die konstruktive Arbeit, für die Unterstützung und für die wohlwollende Zusammenarbeit.

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende